

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Kassel, Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Kassa, des Finanzamts Kassa und des Hauptamts Meißner, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1599
Stroßstraße Kassa Nr. 52.

Nr. 261.

Mittwoch, 8. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 250.— Mark ohne Frangierlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für Bemessung Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Kassa. Tägliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Kassa. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Kassa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Kassa.

Maul- und Klauenseuche betr.

Unter dem Viehbestande des Rittergutes Kassa ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Als Sperrgebiet wird das Rittergut und als Beobachtungsgebiet die Großenhainer Straße bis Albertplatz, sowie die Meißner- und Poppitzer Straße bestimmt, welcher Stadtteil zugleich auch wegen der in Poppitz ausgebrochenen gleichen Seuche als Beobachtungsgebiet zu gelten hat.

Für den Sperrbezirk gelten die Vorschriften der §§ 162—168 und für das Beobachtungsgebiet die §§ 168—169 der Bundesratsvorschriften zum Reichsinfektionsgesetz vom 7. Dezember 1911 — Seite 88 fig. des Gesetz- und Verordnungsblattes 1912 —, die zur Einsicht offen liegen.

Zwischenhandlungen gegen vorstehende Anordnungen werden strafrechtlich verfolgt. Der Rat der Stadt Kassa, am 8. November 1922.

Der von uns am 8. September 1922 unter Nr. 186 für Conrad Wilhelm Rudolf Theis in Kassa ausgefertigte Reisepass ist verloren gegangen und wird für ungültig erklärt. Stadtrat Kassa, am 8. November 1922.

Kirchgemeinde Gröba. Aufruf!

Nochmals ergeht an alle, die ihre Kirche lieb haben und wollen, daß sie weiterbestehen, die dringende heralliche Bitte: Helft ihrer Finanznot ab, indem ihr in Lofer für sie beibringt. Die Not entsteht durch die fallende Geldwert und wird alle Tage schlimmer. Der Staat verlangt der Kirche die rechtmäßige Hilfe. So müssen wir uns selbst helfen. Tragt die Gemeinde nicht opferwillig bei, ihre Kirche zu halten, so müssen einschneidende Sparmaßnahmen getroffen werden, unter denen das gesamte kirchliche Leben leiden müßte. Wir haben soviel Sammlungen unterzogen, so daß wir für unsere eigene Kirche nichts übrig haben? Kommt, geben wir jeder unsere Gabe für unsere Kirche! Es war der 8fache Betrag der Kirchensteuer von 1921 vorgeschlagen worden, weil der einfache bei weitem nicht ausreicht. Doch ist die Höhe der Gabe jedem freigestellt. Spenden werden entgegengenommen in Buchra, Merzdorf, Forbera, Lissa und Döberitz von den Kirchvorstehern, in Gröba auf dem Pfarramt in den Vormittagsstunden und bis zum 15. November auch nachmittags zwischen 5 und 7 Uhr. Ueberweisung auf Konto 19 der Girokassa Gröba ist möglich. Gebt schnell und gebt reichlich. Die Not ist groß. Allen, die schon gegeben haben, herzlichen Dank. Gröba (Elbe), am 8. November 1922.

Die Kirchgemeindevorstellung. J. W. Dr. Deneke.

Vertikales und Sächsisches.

Kassa, den 8. November 1922.

— Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 8 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten Frau Stadtr. Schlimper, sowie die Herren Stadtr. Weier und Schneider. Als Vertreter des Rates waren Herr Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Wutacker anwesend, ferner hatten Herr Stadtrat Czemak und Herr Stadtrat Röhrhorn am Ratstische Platz genommen. Der Jubelraum war nur schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vork. Günther.

Ein Ergänzungsbeitrag für 1922 an den Sächsischen Gemeindegeld wurde bewilligt, ebenso die Nachzahlung von 400 M. an den Verein für Kommunalwirtschaft und -politik. An den Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteilichen Rechtsanwaltsvereine soll der Beitrag nochmals entrichtet, im übrigen aber der Austritt aus dem Verband vollzogen werden.

Für die Rendite einer Wohnung im Technikum wurden 10000 M. bewilligt. Das Material soll dem städtischen Bauhof entnommen werden. Die Rechte daran sind möglichst sofort wieder erlangt werden möchten.

Herrn Witscheler Hofmann ist es infolge Einziehung des Weges entlang der Friedhofsmauer unmöglich geworden, sein Feld (Hofstück 716) zu bestellen. Herr Hofmann soll daher die Mitbenutzung des von der Stadt zwischen den Flurstücken 708 und 711 anzulegenden Verbindungsweges gestattet werden.

Der Gasausfluß hat beschlossen, dem Fürsorgeausfluß aus Ueberflüssen des Gaswerkes 200000 M. zur freien Verfügung überreichen zu lassen. Eine Anfrage des Rates beim Gaswerk hat jedoch ergeben, daß Ueberflüsse, aus denen diese Summe entnommen werden könnte, nicht vorhanden sind, daß der Betrag vielmehr in den Gaspreis mit einberechnet werden muß. Der Rat hat diesem Verfahren zugestimmt. Herr Bürgermeister Dr. Scheider teilte noch mit, daß er auch das Elektrizitätswert um Berechtigung von Mitteln zur Verbilligung des elektrischen Lichtes für Minderbemittelte erwidert hat. Die Direktion hat die Befürwortung des Gesuches bei der Gesellschaft zugestimmt. Herr Witscheler erklärte, daß die Rechte für erwünscht halte, daß die Bitte für die Verbilligung in Betracht kommenden Personen einmal kontrolliert werde, da sich vielleicht Veränderungen notwendig machen. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß der Fürsorgeausfluß die Prüfung sehr sorgfältig vornehme, aber die Liste dennochmals durchgesehen werden, da ja die 200000 M. sowieso nicht nur zur Verbilligung des Gases, sondern der Leuchtmittel überhaupt verwendet werden sollten. Auch Herr Stadtr. Schumann bemerkte, daß der Fürsorgeausfluß sehr genau verfare. Wenn Personen zu unredlich in den Genuß der Verbilligung gekommen seien, dann möge das dem Ausschuß mitgeteilt werden. Der Vorlage wurde hierauf zugestimmt.

Der Rat hat beschlossen, an die Wahllokale, Schriftführer und Wähler bei der Landtagswahl ein Fehrgeld von je 100 M. zu gewähren. Das Kollegium beschloß auf Antrag des Herrn Witscheler, Wende den Betrag auf 200 M. zu erhöhen.

Für die Ausbesserung zweier Feldflächen wurden 4000 M. bewilligt.

Herr Verbandsreferent Gerner hat für die Girokassa die Einstellung einer Hilfskraft in Vorschlag gebracht, da unter den jetzigen Verhältnissen die Dienstgeschäfte in den Dienststellen nicht bewältigt werden können. Die Hilfskraft soll den Grundgehalt eines Assistenten beziehen. Von der dauernden Einstellung eines Beamten soll Abstand genommen werden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider empfahl außerdem auch die Einstellung einer jüngeren weiblichen Hilfskraft für die einfacheren Arbeiten. Die Linde beantragte die Vertagung der Vorlage, da sie erst im Spätsommerausfluß vorberaten werden müßte. Die Rechte erkannte die Dringlichkeit der Einstellung einer Hilfskraft an. Es wurde daher mit 8 Stimmen der Rechte gegen 7 Stimmen der Linken der Vertagungsantrag abgelehnt und die Einstellung der Hilfskraft genehmigt. Dagegen soll die Frage der Einstellung einer jüngeren weiblichen Hilfskraft erst den Ausschuß beschäftigen.

Dem Rat beschloß, für die Weidmatsbesetzung im Fürsorgegebiet ein Verzugsgehalt von 10000 M. bereitzustellen, wurde beigestimmt.

Herr Junger ist abermals an die Stadt herangetreten, ihm das vormals Klingische Grundstück Großenhainer Straße 81 käuflich zu überlassen. Der Rat hat einmütig unter der Bedingung, daß Herr Junger bei

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 9127 Mark.

einer eventuellen Jahnreueulierung der Stadt das erforderliche Areal unentgeltlich zur Verfügung stellt. Die Stadt übernimmt außerdem eine Gewähr für die Güte des Grundstücks nicht. Der Kaufpreis soll 100000 Mark betragen. Herr Vork. Günther erklärte, daß die Linde sich davon überzeugt habe, daß es für das Unternehmen des Herrn Junger notwendig sei, daß er das Grundstück in seinen Besitz bekomme. Es solle aber nur das Hausgrundstück verkauft werden, der dazu gehörige Garten jedoch nur verpachtet werden. Herr Stadtr. Schumann bemerkte, daß der Garten so eng mit dem Haus verbunden sei, daß es ohne diesen nicht verkauft werden könne. Herr Witscheler sprach sich in gleichem Sinne aus und meinte ferner, das Grundstück hätte schon 1921 verkauft werden sollen. Die Kaufsumme müsse sofort wieder angelegt werden, wenn Areal nicht zur Verfügung sei, dann in Materialien für den Bauhof. Die Ratvorlage wurde schließlich mit den 8 Stimmen der Bürgerlichen gegen 7 Stimmen der Linken angenommen.

Die Quäkerspaltung soll fortgesetzt werden und zwar kommen in Frage 100 Portionen für Mädchen und 82 für Knaben, die Spaltung erfolgt nicht mehr in der Schule, sondern im Kindergarten, dem dafür eine Entschädigung von 2000 Mark gewährt werden soll. Die Vorlage wurde angenommen.

Genehmigt wurde der Tarifvertrag für das Pflege- und Hauspersonal des Stadtkrankenhauses.

Für die Vorrichtung der Wohnung im Straßenbahngelände wurden 11200 M. bewilligt. Die Stadtdirektion hatte den Bezug von 100 Kirchbäumen und 20 Birnbäumen zur Neuanpflanzung an der Pausier-, Leutenwiger und Poppitzer Straße empfohlen. Die Kosten hätten sich auf 34000 M. belaufen. Der Bauausfluß hat jedoch beschlossen, der vielen Liebhaber wegen, von dem Ankauf der Kirchbäume abzusehen. Es sollen lediglich die 20 Birnbäume und 1000 Stück einjährige Sämlinge bezogen werden. Der Rat ist diesem Beschluß beigetreten und das Kollegium beschloß in gleichem Sinne.

Der Erhöhung des Schulgeldes für die Oberrealschule auf 2400 M. für einheimische Schüler und Schülerninnen und 4800 M. für auswärtige Schüler und Schülerninnen wurde zugestimmt.

Herr Stadtrat Seurig hielt sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt, um Entbindung von seinem Amte als unbedingtes Mitglied zu bitten. Das Kollegium entsand Herrn Vork. Günther, Herr Stadtrat Seurig den Dank des Kollegiums für die der Stadt geleisteten Dienste zum Ausdruck.

Obenfalls aus Gesundheitsrücksichten und aus familiären Gründen hat Frau Stadtr. Schlimper zu gebeten, sie von ihrem Amte als Stadtverordnete zu befreien. Das Gesuch wurde gleichfalls genehmigt und Herr Vork. Günther sprach auch Frau Schlimper für ihr Wirken im Kollegium und in den Ausschüssen den Dank des Kollegiums aus.

Herr Vork. Günther wies darauf hin, daß Beschwerden über die Ausgabe der Kartoffeln laut werden. Die Kartoffeln kämen nur langsam herein und die zuletzt geliefert würden, müßten hohe Preise bezahlen. Bei der Ausgabe werde die Reihenfolge der Anmeldung nicht eingehalten. Leute, die an letzter Stelle ständen, hätten die Kartoffeln keine. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß es nicht möglich sei, alle Besteller gleichzeitig zu beliefern. Neue Lieferungen würden jedenfalls in den nächsten Tagen erfolgen. Die ersten Kartoffeln seien an diejenigen gegeben worden, die besonders bedürftig seien. Wenn das nicht gebilligt werde, dann müßte der Reihe nach gegangen werden, dann könne es aber passieren, daß die Bedürftigsten die teuersten Kartoffeln bekämen. Ein Vork. Günther habe sich übrigens bereit erklärt, Kartoffeln zu ermäßigtem Preis zu liefern, die aber nur an Kleinrentner, Sozialrentner, Kriegsverletzte und sonstige Minderbemittelte abgegeben werden dürften. Herr Seurig habe vom Rittergut keine Kartoffeln bekommen, wohl aber habe er dem Rittergut Saatkartoffeln geliefert.

Herr Vork. Günther machte darauf aufmerksam, daß viele Mieter sich nicht klar darüber seien, in welcher Weise die Wahl des Rittergutes vor sich gehe. Es sei empfehlenswert, daß der Rat die wichtigsten Bestimmungen veröffentlichte. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß die Ausführungsbestimmungen auf dem Rathaus eingeleben, Druckstücke auch käuflich erworben werden könnten. Außerdem werde in der Presse ein Aufsatz erscheinen.

Herr Vork. Günther machte ferner darauf aufmerksam, daß bei der Eiedlung „Neue Hoffnung“ der Weg entlang der Mühlendammstraße in sehr schlechtem Zustande sei.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung war ein unzulässiges Gerücht erwähnt worden, wonach ein Verfallener von der Polizei mißhandelt worden sei, damit er ein Geständnis ablege. Dieses habe er dann auch abgelegt. Ueber die eingeleitete Untersuchung teilte Herr Bürgermeister Dr. Scheider mit, daß der Betreffende im Amtsgerichtsgefängnis vernommen worden sei und hierbei erklärt habe, daß er keinerlei Grund zur Beschwerde über die ihm seitens der Polizei erteilte Behandlung gehabt habe, der Beamte habe für ihn sogar noch 10 Mark für Brot ausgelegt. Ein Geständnis habe er ja garnicht abzugeben brauchen, da er bei dem Fahrabdiebstahl erwischt worden sei. An dem Gerücht entspreche also nichts den Tatsachen, es sei vollständig unwahr. Es wäre sehr erwünscht, wenn derselbe ermittelt werden könnte, der es in die Welt gesetzt habe. Herr Stadtr. Richter erklärte, daß er schon in der letzten Sitzung bemerkt habe, daß an dem Gerücht etwas Wahres sein werde. Er werde auch jetzt noch alles versuchen, den Urheber zu ermitteln, eine leichte Sache sei das erfahrungsgemäß aber nicht.

Schluß der Sitzung 7/8 Uhr.

— Gewerbeverein. Zu dem gestern im Hotel Höpfer veranstalteten Familienabend war der Gesangsverein „Sängertrupp“ mit der schon in seinem Mitliederkreise aufgeführten Operette „Wingeliesel“ gekommen worden. Das alte Handwerkerwort „Uebung macht den Meister“ bewahrheitete sich auch hier. Die Operette kam sehr gut zur Durchführung, die Mitwirkenden waren seit der ersten Aufführung nicht müde gewesen, sie vervollkommneten sich immer mehr in ihren Leistungen. Viel zum Gelingen trug auch die Leitung des Herrn Golle bei, der den Textstod mit Sicherheit führte und Darsteller sowie Musik völlig in seiner Gewalt hatte. Die zahlreich Anwesenden bewunderten die reizenden Bilder mit ihren vielfältigen Abwechslungen und spendeten wiederholt derart Beifall, daß einzelne Lieder Wiederholung fanden. Während des der Operette folgenden Tanzes wurde auch für die Sozial- und Kleinrentner eine Sammlung veranstaltet, die den Betrag von rund 1200 Mark aufweisen konnte.

— Heimatschutz-Vorträge. Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz hielt an die Bevölkerung von Kassa zur Einführung seiner Vortragsreihe nachfolgende Vorträge: Am 1. Male veranstaltete der Landesverein Sächsischer Heimatschutz in der schönen Elbestadt Kassa eine Reihe von Lichtbildervorträgen und einen Volksliederabend, um den Kassaern das schöne Sachsenland näher zu bringen und ihnen seine Schönheiten in Natur, Kultur und Kunst zu zeigen. In aller unserer Not ist uns ein köstliches Gut geblieben: „Die Heimat“. Sie bis in alle Zeiten kennen zu lernen, mit ihren Städten, Dörfern, mit ihren Landschaften, ihren Pflanzen und Tieren vertraut zu werden, erschließt Quellen der Freude, die einem arm gewordenen Volke doppelt notwendig ist. In ganz Sachsen werden die Heimatschutzvorträge veranstaltet. Wir stehen von einer Stadt zur anderen und preisen in Wort und Bild die Schönheiten des Sachsenlandes. Wir können nicht mehr in die Ferne reisen, darum müssen wir das nahegelegene Heimatland erschaffen, näher kennen und lieben lernen. Und so hoffen wir, auch in Kassa Scharen von Zuhörern zu finden, die unseren Vorträgen lauschen, die Bilder der Heimat bewundern und in den alten Volksliedern wie „Männchen von Tharau“, „Es waren zwei Königskinder“ usw. die lieben schönen Weisen der Jugendzeit in sich aufnehmen. — Alles Nähere über die Vorträge ist aus der Anzeige in der heutigen Nummer ersichtlich.

— Am 9. November 1922 verkehren die Personenzüge wie an Sonntagen. Ueber den Sonntagsfahrplan hinaus werden nur die Züge 3435 von Chemnitz bis Kassa, Abkunft 10.29 Uhr und 3442 von Kassa bis Chemnitz, Abfahrt 4.11 Uhr, in Verkehr gesetzt.

— Bilder Kartoffelverkauf. Von landwirtschaftlicher Seite wird darüber geklagt, daß täglich Vertreter von Fabriken, Betriebsräten, größeren Unternehmungen und zusammengeschlossenen Käufergruppen zum Ankauf von Kartoffeln in die landwirtschaftlichen Betriebe kommen, ohne im Besitz der erforderlichen Ankaufserlaubnis zu sein, und dabei sehr oft eine drohende Haltung annehmen. Die Landwirte würden durch solche Forderungen in eine unangenehme Lage versetzt, würden sich aber aus der anderen Seite strafbar machen, wenn sie ihnen nachgeben. Es ist zu befürchten, daß solche Vorgänge den Zustand des vergangenen Jahres herbeiführen, in dem durch das Auftreten zahlreicher Käufer und die dadurch vermehrte, überhäufte Nachfrage bei den Erzeugern die Preise stark in die Höhe getrieben worden sind. Die Polizeibehörden sind deshalb angewiesen worden, auf derartige Vorgänge zu achten und sie der Strafverfolgungsbehörde anzuzeigen.

— Eine falsche Nachricht. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet folgendes: Die „Sächsische Volkzeitung“, das in Dresden erscheinende Zentrumblatt, berichtet, daß die sächsischen Verordnungen aufgeboben (die Verordnungen Nr. 155 und 156 des Kultusministeriums) seien. Die Mitteilung ist falsch. Die Verordnungen bleiben bestehen, nur die wenigen rein katholischen Schulen, die laut Vereinbarungen mit dem Staat bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes ihren konfessionellen Charakter beibehalten dürfen, sollen die Verordnungen nicht angewendet werden. Im übrigen sind alle Volksschulen in Sachsen nach § 4 des Ubergangsgesetzes nicht „katholische“ oder „konfessionelle“, sondern Gemeindefachschulen.

— Dresden. Kirchliches. In einem Aufruf im amtlichen Teil vorliegender Nummer bittet die Kirchengemeindevorstandung, zur Bedienung der Finanzen, in die die Kirche durch die rasende Wertentwertung geraten ist, um Vorschläge für die Kirchensteuer für das laufende Rechnungsjahr. — Dresden. Aus Landwirtschaftskreisen wird jetzt Klage darüber geführt, daß wilde Maulwurfsgräber, die den nächsten Ertrag des Feldes wegen nachstellen, die Saaten vernichten und dadurch großen Schaden an den Feldern anrichten.

— Oschag. Der Gesell.-Rüchtereiverein Oschag und Umland am 9. und 10. Dezember dieses Jahres seine 22. Generalversammlung, verbunden mit Prämiation in den Sälen des Goldenen Löwen, Oschag ab. Es beteiligten sich an dieser Schau der Farben- und Trommelklaubensrichter-Club Osh. Schulen und die Sächs. Straßensänger-Vereinigung. Es findet eine Ausstellung mit Prämiation unter präsidenteller Preisverteilung statt. Vier bewährte Preisrichter werden ihres Amtes walten. Von Behörden, Gönnern und Mitgliedern des Vereins sind bereits eine stattliche Zahl Ehrenpreise bestellt worden und winkt den Ausstellern ein gutem Preisgeld reichlich Lohn.

— Dresden. Nach dem Berichte eines den neuerdings überall auftretenden französischen Menschenjäger-Entwickler sollen am Reformationsfest vier Dresdner Erwerbslose nach Frankfurt verschleppt und dort in die Fremdenlegion eingekerkert worden sein. Die Leute waren erwerbslos und wurden von den Fremden betrunken gemacht. — Wie feinerzeit berichtet wurde, hatte der Badergasse Schützbold den Haderburger Gelde ermordet. Jetzt wird berichtet, daß die eingehenden Vernehmungen und Erörterungen ergeben haben, daß die Ermordung des Ermordeten nicht schuldlos am dem Tode ihres Ehemannes ist. Der Badergasse Schützbold ist gekündigt, unter dem Einflusse der Mörder deren Ehemann absichtlich erschossen zu haben. — Einen Beweis dafür, daß nicht alle dem leichtsinnigen Geldausgeben eines großen Teiles der heute viel Geld verdienenden Jugend folgen, erbringt der Ausweis der Dresdner Sparkassen. Danach wurden im Monat Oktober bei der Sparkasse rund 70,8 Millionen Mark eingezahlt und rund 33,8 Millionen Mark zurückgezahlt. Mit hin betragen die Mehrzahlungen rund 37 Millionen Mark.

— Dresden. Die Dresdener Briefmarken- und Münzverwertungs-Vereinsgesellschaft verankaltet ihre erste Münzen- und Medaillen-Versteigerung am 9. und 10. d. M. im Hotel Continental. Die Versteigerung verspricht sehr interessant zu werden. Aus dem Katalog sei nur auf die folgenden Stücke hingewiesen: Ein Goldgulden mit dem Bildnis Albrechts des Beherrschten, ein Taler aus der Reformations-Jubiläumfeier Johann Georgs I., ein sechsfacher Dukaten aus dem gleichen Anlaß, ein Taler aus das Reformationsjubiläum 1817, ein Rebutalgoldstück mit dem Bildnis des Königs Ernst August von Hannover vom Jahre 1837, ein Reichsteiner Dukaten vom Jahre 1557, ein Stolberg-Wernigeröder Dukaten vom Jahre 1795, ein Rosenberg Königs Eduards II. von England 1807/1827 u. a. m.

— Dresden. Im Gebäude des früheren Hofbrauhauses in Vorstadt Cotta brach ein Feuer aus. Vier Bauarbeiter, die sich auf dem Gerüste befanden, wurden dabei verletzt, zwei von ihnen schwer.

— Hauswalde. Am Sonntag vormittag fand man die Witwe Pauline Körner in ihrer Wohnung erdabt vor. Man glaubt jedoch nicht an einen Selbstmord; vielmehr sind aufgefundenen Blutspuren deuten auf einen Mord hin.

— Bad Gier. Einem Reisenden aus Leipzig wurden Waren im Werte von 300 000 Mark, die er nach der Leichenschau ausführen wollte, beschlagnahmt.

— Chemnitz. Das aus zwei Stockwerken bestehende Seitengebäude eines Grundstücks an der Wiesenstraße brannte in seinem oberen Teile in der ganzen Ausdehnung des Gebäudes nieder.

— Glauchau. In der Strumpffabrik in Bernsdorf brach ein Feuer aus, das durch das Ueberfließen eines Funken vom Motor verursacht worden ist. Der reichlich umherliegende Wollstaub geriet in Brand und das Feuer übertrag sich auf die fertigen Trikotstoffe und die auf den Maschinen befindlichen Rohstoffe, von denen etwa 1600 Pfund verbrannt oder beschädigt wurden. Ebenso wurde eine Nähmaschine schwer beschädigt. Der gesamte Schaden beträgt über 100 000 Mark.

— Amdorf. Dem Eragebirgischen Steinkohlenbauverein ist nach langwierigen Verhandlungen zwischen der Stadtvertretung und dem Bergamte der Kohlenabbau unter der inneren Stadt unter Wahrung aller Schutzvorkehrungen gestattet worden. — Stalgebäude und Schurne des Rittergutes, das einst dem Kohlenbrenner Triller vom Kurfürsten als Wohnung für die Rettung des Prinzen Albrecht aus der Gewalt des Ritters Rung v. Kaufungen geschenkt wurde, sind in der Nacht zum Sonntag niedergebrannt.

— Oberlungwitz. Die eingeführte kommunale Lotteribekämpfung arbeitet jetzt ohne Deckung, da die Regierung die beantragte Kopfsteuer ablehnte. Die Kosten einer Verdringung sind auf 14 000 Mark gekiegen.

— Froburg. Der Wächter des hiesigen Rittergutes, Oberamtmann Wettberg, stelte im Einvernehmen mit dem Besitzer des Rittergutes, Kreisbauplatzmann de Krug von Nidda Falkenstein, den hiesigen Kleinrentnern und Armen wöchentlich 300 Liter Milch zur Verfügung.

— Wauer. Der sechsjährige Sohn der Familie Steps in Elsterberg wurde in einem Nebenraume der Wohnung tot aufgefunden. Er hatte sich in Gegenwart eines jüngeren Knaben eine Schlinge um den Hals gelegt, um eine Spielerei vorzuführen. Er kam dabei in die Schlinge, wobei die Schlinge anlag, und erstickte.

— Wurzen. Die mit Getreide gefüllte Scheune des Rittergutes Ködnitz bei Wurzen brannte in der Nacht zum Montag vollständig nieder. Der Wert des verbrannten Getreides wird auf mindestens 25 Millionen M. geschätzt. Es liegt offenbar Brandstiftung vor.

— Leipzig. Ein in Lindenau wohnender Arbeiter hatte bei der Arim.-Abt. Anzeige erstattet, daß ihm auf der Fahrt von Rottbus nach Leipzig in einem Eisenbahnabteil 175 000 M. geraubt worden seien. Seiner Schilderung nach, sei er eingeschlafen und als er plötzlich erwacht sei, wäre seine Kleidung, wahrscheinlich um ihn zu betäuben, mit einem gelben Pulver bestreut gewesen. Sein Taschengeld hätte, ebenfalls mit dem Pulver bestreut, neben ihm gelegen und außerdem hätte er in der Magenregion heftige Schmerzen verspürt, die wahrscheinlich von einem Stöße herrührten. Durch eingehende Erörterungen wurde ermittelt, daß der Angelegte der das zum Verkauf von Kartoffeln von seinen Arbeitssoldaten erhaltene Geld nach und nach, und den Rest mit einem Unbekannten in Berlin veräußert, seines gelbe Pulver — Zinnober — sich selbst verschluckt, und damit den Mord selbst begangen hatte.

längerem Zeugnissen gestand er seine Tat auch ein. Er kam in Haft.

— Leipzig. Die Kriminalpolizei hat in 8 Lokalen der wechlichen Porzelle und des Orens 50 Personen beim Glücksspiel überführt und festgesetzt. In einem der Lokale waren auch Frauen anwesend. Mehrere tausend Mark wurden beschlagnahmt.

— Leipzig. In den letzten Tagen sind an mehreren Stellen der Stadt böseme Karrieren und Brückenwärtler, sowie auch zahlreiche Promenadenbänke herausgerissen und gestohlen worden, um sie als Feuerholz zu verwenden. Von den räuberischen Spielbuben, die durch ihr Tun Menschenleben gefährden, konnte leider noch keiner festgenommen werden, um ihn der verdienten Strafe auszuführen. — Aus dem Schaufenster eines Wehwarengeschäfts in Leipzig-Deulisch sind nach Verbrümmung der Scheibe sämtliche Auslagen, bestehend aus allerhand Spielwägen, gestohlen worden. — In der Woche vom 22. bis 28. Oktober haben in Leipzig sechs männliche und zwei weibliche Personen aus wirtschaftlicher Not Selbstmord verübt.

— Leipzig. Im Jahre 1923 findet die Leipziger Frühjahrsmesse Allgemeine Wüchermesse mit Technischer Messe und Baummesse vom 4.—10. März, die Herbstmesse vom 26. August bis 1. September statt. — Aus dem Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie heraus hat sich ein Verein „Haus der Elektrotechnik, e. V.“ gebildet, der auf dem Ausstellungsgelände der Technischen Messe in Leipzig ein eigenes großes Ausstellungshaus für die deutsche elektrotechnische Industrie errichtet. Der Bau ist bereits so weit vorgeschritten, daß er voraussichtlich schon zur Frühjahrsmesse 1923 in Benutzung genommen werden kann. Er wird im Hauptgeschoss eine Ausstellungsfläche von 10 000 Quadratmeter erhalten.

— Reih. Nachdem man erst vor kurzem einen Einbruch in das Selzer Krankenhaus mit Erlaß unternommen hatte, ist jetzt auch in die Landesheilkundliche Mit-Schwerbis eingebrochen und ein großer Diebstahl ausgeführt worden. Aus den dort befindlichen Magazinen sind Stoffe im Werte von über 1 Million Mark gestohlen worden, nachdem man die Türen, welche fest verschlossen waren, geöffnet und selbst die Sicherheitsklammer beseitigt hatte. Es ist anzunehmen, daß sich eine Diebesbande auf das Spezialgebiet gelegt hat, den Krankenhäusern derartige Besuche abzustatten.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 8. November 1922.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

— Dresden. Die sozialdemokratische „Dresdner Volkzeitung“ erklärt, es könne keine Rede davon sein, daß die Deutsche Volkspartei mit zur Regierungsbildung hinzugezogen werde. Weiter sagt sie dann auch noch ein wenig verknäuelter, daß die Sozialdemokraten bereit seien, mit den Kommunisten auf verfassungsmäßiger Grundlage eine Regierung zu bilden. Man darf danach wohl als zweifellos annehmen, daß mindestens der Versuch unternommen wird, zum zweiten Male eine kommunistisch-sozialistische Regierung zu schaffen.

Der 9. November.

— Berlin. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat in ihrer gestrigen Vollversammlung beschlossen, ihren Beschluß, am 9. November in Berlin die Arbeit ruhen zu lassen, mit Rücksicht auf die politische Lage rückgängig zu machen. Die Arbeit wird in vollem Umfange aufrecht erhalten werden.

Der Schiedsspruch im Zeitungsgewerbe.

— Berlin. Nach der am Dienstag vor dem Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlung über den von den Arbeitgeberern abgelehnten Schiedsspruch im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe wurde auf Antrag der Arbeitnehmer der Schiedsspruch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Der Vorsitzende des Tarifamtes setzte den Zuschlag auf die bisherigen Druckpreise auf 75 Prozent fest.

Neuorientierung der deutschen Politik?

— Berlin. Wie die Blätter mitteilen, wird die Formulierung der neuen Vorschläge der deutschen Regierung an die Reparationskommission nicht unbeeinträchtigt bleiben von dem Gutachten der ausländischen Sachverständigen. Das „Tagblatt“ nimmt an, daß die Annotierte der Reichsregierung noch im Laufe des heutigen Tages der Reparationskommission übergeben werden könne. Von den Blättern wird mit Bestimmtheit erklärt, daß sich ausländische Privatbankiers mit Zustimmung und mit zugelegter Unterstützung ihrer Regierungen zur Teilnahme an einer Sitzungsdaktion für die Mark mit Bankkrediten und unter Mitwirkung der deutschen Reichsbank bereit erklärt haben. — Die Blätter heben nochmals hervor, daß in Bezug auf die Form der deutschen Vorschläge an die Reparationskommission während der ganzen Dauer der Berliner Verhandlungen mit der Reparationskommission innerhalb der Reichsregierung vollständige Einmütigkeit bestanden habe. Es werde aber, wie die Blätter schreiben, für selbstverständlich angesehen, daß die Erörterungen über eine Umbildung der Regierung unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Es sei allgemeine Auffassung, daß sehr bald eine deutliche Neuorientierung in der deutschen Politik erfolgen müsse. Es soll ein umfangreiches innen- und außenpolitisches Programm aufgestellt werden, zu dessen Durchführung das ganze deutsche Volk aufgerufen werden soll.

— Berlin. Wie die Blätter melden, sind die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission über die Dolartieferungen der Deutschland an die Entente vorläufig vertagt worden. Die Beratungen sollen demnächst in Paris gesflogen werden.

Arbeitslosen demonstration in Prag.

— Prag. Gestern fand hier eine Versammlung der Arbeitslosen statt, deren Zahl in der Republik auf 160 000 angegeben wird. Nach Schluß der Versammlung verlegten die Teilnehmer, zum Parlament zu ziehen, wurden jedoch von der Polizei zerstreut, wobei Verhaftungen vorgenommen worden sind.

Die Errichtung einer österreichischen Notenbank.

— Wien. (Nationalrat.) Die Regierung drachte eine Gesetzesvorlage über die Errichtung einer Notenbank ein. Bei der Fortsetzung der ersten Lesung des Wiederaufbaugesetzes widerlegte der Christlichsoziale Bundes die von sozialdemokratischer Seite erhobenen Vorwürfe gegen das Sanierungsprogramm und die Begünstigung der Landwirte. Der Redner begründete das vorgelegte Sanierungsprogramm und erklärte, was bisher seiner Regierung gelungen sei, das sei dem Bundeskanzler gelungen. Darauf könne man stolz sein. Der Sozialdemokrat Dr. Renner erklärte in einer scharfen Kritik, die Vorwürfe der Sozialdemokraten richteten sich nicht gegen die Auslandskredite, sondern gegen die Art der Kontrolle, die Österreichs unwürdig und völlig überflüssig sei.

— Wien. (Nationalrat.) In der ersten Lesung über das Wiederaufbaugesetz erklärte Bundeskanzler Frank, der den Finanzminister vertritt, das Budget für das Jahr 1923 weise Ausgaben von rund 305 Millionen und Einnahmen von 312 Millionen Goldkronen auf. Demnach bestehe ein Defizit von 67 Millionen. Der Finanzminister werde auch die im

Sanierungsprogramm geplanten einflussreichen Sparmaßnahmen und eine behutsame Finanzmeasures weitausgreifende Änderungen erfordern, deren ziffermäßige Tragweite heute noch nicht angegeben werden könne. In der Besprechung des Gesetzesentwurfes beim Errichtung der Notenbank teilte der Bundeskanzler mit, daß die neue Notenbank ihre Tätigkeit so rasch wie irgend möglich beginnen solle. Die Regierung sei überzeugt, daß es gelingen werde, eine rein österreichische, aus österreichischen Mitteln geschaffene Notenbank ins Leben zu rufen.

Der Papst an Spanien.

— Genf. Kardinal Gasparri richtete im Namen des Papstes an Spanien ein Telegramm. In dem der Heilige Stuhl erklärt, daß er Spaniens Bitte um Unterstützung seines Hilfswerks für die kleinasiatischen Flüchtlinge durch einen Appell an die katholischen Organisationen nachkommen werde. Der Papst werde außerdem einen Vertreter an Ort und Stelle entsenden.

Die amerikanischen Wahlen.

— Paris. Der „Newyork Herald“ berichtet aus Newyork: Die demokratische Partei wird einen glänzenden Sieg im ganzen Lande davon tragen. Die ersten Andeutungen, die um 10 Uhr abends über das Ergebnis der Abstimmung möglich waren, gestatten die Feststellung, daß die Republikaner eine große Anzahl von Sitzen im Repräsentantenhaus und wenigstens einen Sitz im Senat, den des Senators Folger in Newyork, zugunsten der Demokraten verlieren werden. Nach Schluß der Abstimmung ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Demokratische Partei den Sieg davontragen werde. (Siehe auch unter Amerika.)

— Newyork. Der Demokrat Smith wurde zum Gouverneur des Staates Newyork gewählt. Er hat also den augenblicklichen republikanischen Gouverneur Miller abgelöst.

Vertagung der Konferenz von Lausanne.

— Paris. Dasas meldet: Großbritannien hat Frankreich eine Vertagung der Konferenz von Lausanne vom 12. auf 27. November vorgeschlagen. Wenn auch Frankreich einer kurzen Vertagung nicht abgeneigt ist, und zwar aus Organisationsgründen, so würde es sich wahrscheinlich einer so langen Vertagung widersetzen.

Die Lage in Konstantinopel.

— Paris. Der Sonderberichterstatter des „Welt Warften“ in Konstantinopel meldet: Die christliche und die mohammedanische Bevölkerung sowie die ausländischen Korperchaften sehen den Ereignissen mit großer Sorge entgegen. Dem Außenminister von Angora werden die alliierten Oberkommissare heute noch ein Ultimatum übergeben. Dieses Ultimatum erinnert die Türken daran, daß der Wortlaut des Waffentstillstandes beachtet werden mühte und warnt Angora vor dem Versuch, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Tirard bei Poincaré.

— Paris. Poincaré empfing gestern nachmittag den Vorsitzenden der interalliierten Rheinlandskommission Tirard.

Die neue englische Regierung und die Reparationsfrage.

— London. Dem „Manchester Guardian“ zufolge verläutet in hiesigen amtlichen Kreisen, daß die gegenwärtige Regierung sich noch nicht im einzelnen mit der Prüfung der Reparationsfrage befaßt hat. Die Regierungsdämter, die diese Frage behandeln, warten noch auf eine Direktive der Regierung in der Reparationspolitik. London habe noch keine Reparationskonferenz zugestimmt. Man sei hier im Gegenteil der Ansicht, daß die Regierung der Abhaltung einer Reparationskonferenz zu gleicher Zeit mit der Orientationskonferenz in Lausanne wahrscheinlich nicht zustimmen werde. Eine wichtige Frage, die die neue Regierung zu beantworten habe, bevor irgend eine Aussicht auf eine Reparationskonferenz bestehen könne, sei, ob sie Braburns Politik betr. Gewährung eines langfristigen Moratoriums für Deutschland ablehnt. Es hänge von der Politik der neuen Regierung ab, ob Braburn sein Amt, das in einigen Wochen abläuft, beibehalten werde. Es beständen Anzeichen, daß ein beträchtliches Element im Kabinett sich mehr zu der französischen Haltung gegenüber Deutschland in der Reparationsfrage neige. Erfahrene Politiker führen dies jedoch auf Wahlerwägungen zurück.

Aus dem englischen Wahlkampf.

— London. Der neue Kriegsminister Lord Derby sagte in Liverpool, die von der Arbeiterpartei befürwortete Kapitalabgabe sei nur der erste Schritt zum Kommunismus. Die logische Folge einer solchen Politik würde sein, daß England in die gleiche Lage käme wie Rußland.

Bombentattete in Dillabon.

— London. Reuter meldet aus Dillabon: Am 6. ds. Mts. abends erfolgten zahlreiche Bombenerplosionen, angeblich im Zusammenhang mit einer auffälligen Bewegung. Die Unruhen wurden unterdrückt. Die Regierung scheint die Lage zu beherrschen.

Sport.

— Der Ligakreisweiser „Dresdner Fußballring“ in Meisa. Morgen Donnerstag nachm. 7/8 Uhr hat die Ligamannschaft des Meiser Sportvereins wieder einmal nach langer Zeit auf eigenem Plage eine Ligaspieltage, die viele Jahre hindurch bis in die letzte Zeit hinein zu den bedeutendsten Führern der Sportbewegung in Mitteldeutschland gezählt hat. Sie war Meister von Ostfachsen fast ohne Unterbrechung seit 1912. Besonders in der letzten Zeit will das gegen so große Rivalen wie Guts Muths Brandenburg und Dresdner Sportklub etwas heißen. Bis auf ihren schweren Start in den gegenwärtigen Meisterchaftsspielen, hat die Dresdner Liga alljährlich bewiesen, daß ein hohes Können in ihr steckt. Sie läßt sich auch heute noch auf hervorragend bewährte Kräfte, wie den bekannten Verteidiger Drechsel, der sehr oft repräsentativ gespielt hat und noch spielt. Er zählt zu den besten deutschen Verteidigern. Doch einzuweichen ist auch der Torwart Paul. Der Kreismeister spielt in folgender augenblicklich stärkster Aufstellung: Tor: Paul. Verteidigung: Drechsel, Seibert, Deckung: Bauer, John, Rebes, Sturm: Lehmann, Fiedig, Starke, Fröblich, Gaus. Der erfahrene Mittelstürmer John hat wiederholt in Auswahlspielen mitgewirkt. Es dürfte für Sportfreunde von Interesse sein, so bekannte Spieler, deren Namen man immer und immer wieder in den großen Sportzeitungen liest, auf unserem Schwarzen Platz bei sportlicher Tätigkeit beobachten und von ihnen lernen zu können. Die Meiser Liga tritt zum ersten Male wieder mit ihrem erfolgreichsten Käufer Sitte an. Dazu ist auch Holmann als Mittelstürmer endlich für die Liga spielberechtigt geworden. Es ist darum, bei im übrigen bester Aufstellung, von den Nordfachsen Gutes zu erwarten. Werher 7/8 Uhr treffen sich Ring-Dresden 1. An. Des Ligakreisweiser Zukunft“ und der kleine Nordfachsenmeister werden zu beweisen haben, daß sie einst fähig zu werden versprechen, die Liga abzuhängen.

Abteilung für Jugendpflege.

Die Jugendabteilung unternimmt morgen ihre zweite Schiffsfahrt in die Leutewitzer Gegend. Abfahrt 1 Uhr an der Brücke Nähe der Wühle. Das Rennen führt über das Gelände am Forstberg. Spielvereinigung 1. hat morgen nachmittag im Verbandsspiel auf dem Schwarzen Platz den W. 1. u. zum Gegner. Abfahrt 2 Uhr. Die 1. Mannschaft wird nach Meiser gegen Guts Muths.

Gerichtssaal.

—a. Konzernprozess „Berliner Sportbüro“. Ein weiterer größerer Konzernprozess beschäftigte am Montag die 1. Strafkammer des Dresdener Landgerichts. Es handelte sich um die Gründung und um den Zusammenbruch des Konzerns „Berliner Sportbüro“, S. m. b. H., der im Sommer vorigen Jahres während der Konzernhochzeit als neues Gebilde auftrat. Gründer und Anführer des Konzerns waren die Kaufleute Hans Otto Thibbe, geboren 1891 zu Berlin, jetzt in einer Waisenkasse bei Halle tätig, und der Buchhalter Hermann Robert Gustav Klein, geboren 1890 zu Berlin, dort auch in Stellung befindlich. Die Gründung des Konzerns war in Berlin erfolgt. Klein will in seiner Stellung beim Volkshaus in Berlin schon immer nebenher für Zeitungen, Sportblätter usw. geschrieben haben. Das Feld der Tätigkeit wurde nach Dresden verlegt, der 1897 zu Meisa geborene Schriftwart Franz Hermann Max Gerlach, Inhaber der Gruben Meisa in Dresden-Grüna, erhielt die Vertretung. Nach dem Eröffnungsbeschluss sollten insgesamt gegen 370 000 Mark Umsatzen erwirkt, und die Gelder in der Hauptstadt bei Buchmachern angelegt worden sein, auch sind die Bücher unüberprüflich und unordentlich geführt worden. Die Verhandlung entlockte auch hier wieder das übliche Bild, wie es überhaupt zur Gründung gekommen, was den Einzählern vorgemacht und versprochen, und wodurch dann der Zusammenbruch herbeigeführt wurde. Das Urteil lautete im Sinne der Anklage der Thibbe und Klein auf je 60 000 Mark, bei Herbst auf 30 000 Mark Geldstrafe. Ein weiterer mit unter Anklage stehender Kaufmann Ludwig Johann Depolis wurde freigesprochen, der letztere ist bereits in großen Kennenrieben angestellt gewesen, auch hat er bereits einen Kennhall geleitet.

—g. Die Bluttat in der Albrechtstraße in Dresden, die sich in der Nacht zum 27. Oktober aufgetragen hatte, beschäftigte bereits am Montag das Dresdener Schöffengericht. Aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde der 1899 zu Wismar geborene, in Nordamerika geborene, in Dresden auffällige angelegte Junge Otto Bodorny, der sich wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatte. Der Angeklagte gab vor Gericht an, daß er als Aufräumer in Deutschland, besonders in Dresden weise, die erworbenen Sachen, zum Teil Porzellanwaren und dergleichen Dinge, werden nach Amerika gebracht, und von dort aus nach Amerika verschickt. Nach dem Eröffnungsbeschluss hat Angeklagter vor rechtsch. Wochenfrist in der fraglichen Nacht seine Geliebte Krusche angeblich deshalb mit einem Festschläger schwer mißhandelt, weil sie ihm nicht vorübergehend mit Geld ausgeholfen habe. Wie bereits in der Tagespresse berichtet worden ist, hatte die Krusche nicht weniger wie acht derartige Mißhandlungen zu erdulden, blutüberströmt war sie dann hilflos über zu Nachbarkonten geist. Die Beweisaufnahme fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis. Der Vorhinein führte in der Begründung des Urteils aus, daß es sich um eine überaus rohe, fast an Mordversuch grenzende Tat gehandelt habe, und daß bei dieser Sachlage eine empfindliche Freiheitsstrafe am Platze war.

Vermischtes.

Schweres Grubenunglück in Pennsylvanien. Eine Meldung aus Pittsburg besagt, daß eine Explosion in den Gruben von Reilly eingetreten ist und daß nur drei Grubenarbeiter sich bisher zu retten vermochten. 140 Arbeiter sind in einem Gange eingeschlossen und es besteht nur wenig Aussicht, sie zu retten. — Wie aus Spangere (?) (Pennsylvanien) gemeldet wird, sind bei dem Grubenunglück 50 Personen ums Leben gekommen. 80 Personen, die befreit worden sind, befinden sich in Hoffnungs-

losem Zustande. Überlebende erzählen, sie seien durch den Druck der Explosion nach allen Seiten hin geschleudert worden. Den ganzen Tag wartete eine aus Frauen und Kindern bestehende Menge auf Nachrichten über ihre vermissten Angehörigen.

Buchhaus für Lebensmittelziehungen. Dem „D. Z.“ wird aus Stuttgart gemeldet: Die hiesige Strafkammer verurteilte den Schlächter Portiere aus Pforzheim und den Fleischer Schlegel zu einem Jahr Zuchthaus, 20 000 Mark Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust, beziehungsweise zu sieben Monaten Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe wegen Käufschleibungen. Gegen fünf hiesige Käufschleibler, die in die gleiche Strafsache mit verwickelt waren, wurden bis zu 20 000 Mark Geldstrafe erkannt.

Unterfischung von ausländischen Briefen. Bei einem Postamt in Berliner Westen wurden nach mehrfachen Beschwerden über den Verlust von Briefen, namentlich solchen aus dem Auslande, die keine Geldbeträge in fremder Valuta enthielten, ein Oberpostkassier beim Verlassen des Dienstes dabei ertappt, wie er nicht weniger als 30 Briefe aus dem Auslande in seiner Tasche mit nach Hause nahm. Der Beamte brach, als er sich ertappt sah, bewußtlos zusammen und erlitt einen solchen Herzanfall, daß er bis heute noch nicht vernehmungsfähig war. Die bei ihm vorgenommene Haussuchung führte zur Auffindung von 80 000 Mark in- und ausländischen Geldes.

Kurspolonäse. Aus Berlin wird uns geschrieben: Ein ganz alter, weißer Mann, der schon lange vor dem Jahre 1914 gelebt hat, behauptet, das Wort Polonäse hätte einst einen ganz anderen Sinn gehabt als heute; hätte die Böden und festlichen Tänzen den feierlichen Auftakt bedeutet. Unsere Zeit kennt nur mehr die Bedarfsartikel-Polonäse. Dieses nerventzerrnde Ansehen, dieses grauenvolle, entwürdigende Wort vor annehmend kalten Geschäftstänzen, dieses Ganges und Banges, ob man auch noch wirklich und wahrhaftig ein Stückchen der rationierten Welt, des verblühten Lebens erreicht! Wir kennen nun die Butterpolonäse, die Zuckerpolonäse, die Peringspolonäse, die Schubspolonäse. Doch man schmähe unsere Zeit nicht — seitdem Berlin unheilbar dollarkrank ist, seitdem das Wechselkammer der Börsenspekulation epidemisch wurde, sind wir auch mit einer Kurspolonäse beglückt. In den Mittagstunden haben Menschen-Schlangen von unheimlicher Länge, festgestellte Verkehrsbehindernde vor den Banken und Wechselstuben, und studieren die Kursausgänge in den Schaufenstern. Es sind die kleinen Leute, die Bilanz-Spekulanten, die kein Telefon haben, die keine Zeitungen kaufen, die ihr Schicksal aus den Schaufenstern lesen. Viertelstundenlang harren sie, an Butter und Perling gelbt, bis sie herankommen; Minuten vorher schon haben sie kleine Notizzettel und Bleistifte geputzt, um das Vorkommen der Stunde kenographisch zur Kenntnis zu nehmen. Und dann einen Tag, einen ganzen Tag lang nach diesem Geleze zu leben. Das ist die neueste, die Kurspolonäse. Einmal, in der Friedrichstraße, nähert sich ein Grüner dieser Polonäse. Er weicht noch nicht, worum es sich handelt. Wie er den Sinn dieses gewaltigen Aufbaus erörtert, sagt er zu der Menge der übrigen Reugierigen: „Bitte weiter zu gehen, es ist kein Unglück passiert!“ Du irrst, guter Grüner! Es ist ein Unglück passiert! Ein großes Unglück. Wir haben Kurspolonäse.

Morgen Donnerstag.

den 9. November 1922, kann wegen geschlossener Arbeitsruhe das Meisler Tageblatt nicht erscheinen. Die nächste Nummer kommt Freitag abend heraus. — Anzeigenannahme täglich von früh 8 Uhr ab in der Tageblatt-Geschäftsstelle, Goethestr. 59. Fernsprecher 20.

Volkswirtschaftliches.

Die Bankhaute am Devisenmarkt. Das „Berl. Tagbl.“ schreibt in seiner Abendausgabe vom Dienstag: Die katastrophale Verschlechterung der Mark am der gestrigen New-Yorker Börse wurde in Berlin mit einer Bankhaute beantwortet, wie man sie bisher noch nie sah. Bereits im gestrigen freien Abendverkehr stieg der Dollar auf über 7000 und im heutigen Vormittagsverkehr von Bureau zu Bureau wurden neue, traurige Rekordkurse erzielt. Die Grenze von 8000 wurde bereits in den frühen Morgenstunden überschritten. Bei kleinen Umsätzen wurde der Dollar bis auf 8400 heraufgeköpft, und bei Festlegung des amtlichen Kurses wieder eine Kleinigkeit nachgegeben. Für Rubelauszahlung New-York wurde amtlich ein Kurs von 8428,87 Geld, 8471,13 Brief festgesetzt. Es mußten wieder vielfach bei der Zuteilung der Devisen Reparierungen vorgenommen werden, da selbst zu diesen hohen Kursen kein Material an den Markt gelangt.

Die Bestimmungen über die Einfuhr von Auslandszucker. Von der Handelskammer Frankfurt a. M. — Danau wird berichtet: Die Einfuhr von Auslandszucker ist auf einmütiges Verlangen der Verbraucherkreise im Mai ds. Js. freigegeben worden. Im Reichsanzeiger vom 4. Oktober 1922 ist eine Verordnung über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1922/23 veröffentlicht. Einen wesentlichen Bestandteil dieser Verordnung macht der private Vertrag aus, der zwischen den inländischen Zuckerraffinerien über diesen Gegenstand abgeschlossen worden ist. Der § 30 dieses Vertrages lautet: „Die Ein- und Ausfuhr von Zucker und Melasse bedarf der Genehmigung der Zuckerwirtschaftsstelle.“ Auf Grund dieses Paragraphen hat die Hauptabfuhrstelle der Reichsollverwaltung ihre Kontrollstellen angewiesen, vom Ausland ohne Einfuhrbewilligung eingeführten Zucker zu beschlagnahmen. Die Zollämter selbst haben vom Erlaß des Zuckereinfuhrverbots bisher keine Mitteilung erhalten. So hat sich in letzter Zeit mehrfach der Fall ereignet, daß von den Zollämtern abgefertigte ausländische Zuckermengen von den Kontrollstellen der Hauptabfuhrstelle der Reichsollverwaltung wegen fehlender Einfuhrbewilligung beschlagnahmt wurden. Die eine Abteilung der Reichsollverwaltung nahm somit an, daß ein Einfuhrverbot für Auslandszucker noch nicht erlassen sei, während die andere behauptete, daß das Einfuhrverbot für Auslandszucker bereits in Kraft getreten sei. Auf Anfrage bei zuständiger Stelle wurde schließlich ermittelt, daß ein Einfuhrverbot für Zucker überhaupt noch nicht ergangen ist, sondern erst am 16. November in Kraft treten soll und daß somit die Beschlagnahme des Auslandszuckers zu Unrecht erfolgt ist.

Der Rückgang des Frankens. Aus Paris wird gemeldet: Das englische Pfund erreichte bei Schluß der gestrigen Pariser Börse den bisher höchsten Kurs von 6950. Der nächsthöchste Kurs wurde im April 1920 mit 6745 notiert.

Marktberichte.

Amliche Notierungen der Berliner Produktenbörse vom 7. November. Weizen, märkischer 13 000—14 200, pommerscher 13—14 000, steigend, unregelmäßig; Roggen, märkischer 12 400—12 800, steigend, unregelmäßig; Gerste (Sommergerste) 13—14 000, steigend, unregelmäßig; Hafer, märkischer 13 500—14 000, pommerscher 13 400—13 800, steigend, unregelmäßig; Mais (ohne Provenienzangabe), loco Berlin 14 000—14 400, steigend; Weizenmehl 38 000 bis 39 000, steigend, unregelmäßig; Roggenmehl 32 000 bis 34 000, steigend, unregelmäßig; Weizenkleie 7 200—7 300, steigend; Roggenkleie 7 200—7 300, steigend; Raps 18 000 bis 19 000, steigend; Vitoriaerbsen 21—23 000; kleine Speiserbsen 19—20 000; blaue Lupinen 13—15 000; gelbe Lupinen 14—17 000; Rapsstüben 8 000—8 800; Erdnöl, prompt 6 000—6 200; Torfmelasse 4 650—4 800.

Dixin das dankbare Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und billig
ALCANTARA HERATELER
HENKEL & CO., DUSSELDORF

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau.
3. Fortsetzung.

„Das Unglück verlorst mich wirklich mit Konsequenz!“ war die Antwort. „Du kennst mich, Lotte, daß ich nicht so leicht den Mut verliere, aber manchmal möchte ich doch verzweifeln, wenn ich immer wieder sehen muß, wie all mein Hoffen und Erleben vergebens ist! Heute morgen hat mir auch das „Tageblatt“ meinen Roman zurückgeschickt! Mit einem hektographischen Formular! Wenn sich diese Redakteure nur einmal klar machen möchten, welche eine befehlgebende Nichtachtung in solch einem gedruckten Wilsche liegt! Mir arant schon vor dem Gedanken, daß ich mit meinem Drama vielleicht in ähnlicher Weise haufieren gehen muß!“

Mit einem bittenden Blick sah Lotte gärtlich zu ihm auf.

„Willst du dich nicht doch meinen Eltern eröffnen, Kurt? Papa ist gerade in diesen Tagen so weich, so zugänglich! Wir könnten so glücklich sein und alle Not hätte ein Ende!“

„Ja, alle Not hätte ein Ende!“ wiederholte der Mann in bitterem Ton. „Und wenn mich dein Vater fragt, was ich bin, was ich habe, was ich dir bieten kann, und ich ihm dann gestehen muß, daß ich ein hungernder Literat bin, ein Feilenkriecher, der von der Hand in den Mund lebt! Mein, Lotte, diese Demütigung gewinne ich nicht über mich! Noch hat mich das Unglück nicht so weit gebeugt, daß ich mein letztes, meinen Stolz verloren habe!“

„Bleibst du Kurt?“
Die Augen des Mädchens standen voller Tränen.
„So waren meine Worte doch nicht gemeint. Und ich bitte nicht nur um deine, sondern auch um meinewilligkeit! Seit wir aus Nordberny zurück sind, quält mich Drama unausgesetzt mit dem jungen Laubon! Fast täglich kommt dieses Heiratprojekt auf! Tadel! Noch gestern war der Mensch wieder bei ihr und verlangte mich beharrlich zu Tisch! Ich mußte mich auch erst hinter Papa stellen, daß es bei der alten Ordnung blieb und ich dich als Tischherrn behielt.“

„Ich werde Herrn Laubon bei der nächsten Gelegenheit eine Lektion erteilen, die ihm seine Jubringlichkeit für alle Zeiten verleihe soll!“ fuhr Kurt zornig auf.
„Um Himmelswillen, Kurt, sprich nicht so laut!“
Mit ängstlicher Miene sah Lotte nach dem Empfangssaal hinüber.
„Du weißt doch,“ fuhr sie dann leidenschaftlich fort.

„daß ich nur dich allein liebe und niemals von dir lassen werde! Komme, was du wolle!“
Noch ein Auf, heiß und erstickend, dann ritz sich das junge Mädchen schweratmend los und glitt durch die grüne Wälder des erloschenen Pflanzengruppen geräuschlos zum Eingang des Wintergartens hinaus.

3.
Zeit einer Stunde bereits sah man bei Tisch.
Die rotbesetzten Lampen warfen einen weichen Dämmerglanz auf den schweren Damast der Bede, die geschliffenen Gläser und leinwandierten Bestecke.

Der Frühstück hatte den Tafelarrangement zum Muster gedient, so reigten sich denn rechts und links aus den silbernen Schalen und Vasen blühende Hleberzweige und Waldschneckensträuße; schwandend grüne Ranken umgossen die Arme der Kronleuchter, riesige Vorberdäume flankierten die Anrichtentische, feierlich ernst schauten die Erdhügel des reichgeschmückten Büfettis zwischen den wert lackierten Laubfugeln hervor.

Und über dem ganzen das zitternde sehnüchtige Eingehen der Siegerin in den Sähen, wegen den Hühnern eines Straußhens Walgers, bald lautlos flüsternd wie der Radwind auf fernem Luftstappe, bald siegreich jauchend und schwellend wie ein junger Strom in Frühlingstagen.

Man speiste an kleinen Tischen zu sechs Personen, deren jeder einzelne durch die Wahl der Blumen und Beleuchtungskörper einen besonderen Charakter erhalten hatte.

Lotte hatte ihren Platz unweit der Musikpore gemählt, von wo aus sie den Saal in seiner ganzen Ausdehnung übersehen und die Tätigkeit der Dienerschaft, deren Oberleitung man ihrem bewährten Direktions-talent anvertraut hatte, am leichtesten übersehen konnte.

Außer Kurt saßen mit ihr noch zwei Jugendpaare zu Tisch, ein barlosler Mannes-Pärchen mit einer blonden, kleinen Geheimratstochter aus Friedenau und eine milde lezionistische Schönheit vom Kurfürstendamm mit Harry Laubon, dem es durch persönliche Vermittlung der Frau des Hauses noch im letzten Moment gelungen war, sich unter Umtausch der Tischkarten in Lottes unmittelbare Nähe zu schmiegen.

Mit diesem plumpen Randber hatte Herr Laubon jedoch nur sehr geringen Erfolg erzielt; Lotte behandelte ihren außerordentlichen Verehrer mit fahler Gleichgültigkeit und überhörte es gessichtlich, wenn er sie unter Ver-nachlässigung seiner Tischdame immer wieder von links her in eine Unterhaltung zu verfrachten suchte, dergleichen be-

gnigte sich auch Kurt damit, die vielfachen Fragen des gedankhaften jungen Menschen, dessen gespreiztes, selbstbewusstes Auftreten ihm von jeher ein Dorn im Auge gewesen war, mit dem sorgfältigsten Aufwand von Höflichkeit zu beantworten.

Herr Harry Laubon, Sohn von Karl Heintich Laubon, kammt aus einem Expeditionsgeschäft in der Holzmarktstraße, das sich seit Neujahrsbeginn die Verfertigung der Reichshauptstadt mit Holzmaterialien angelegen sein ließ und im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte den Zubort von Steinkohlen zu seinem unbefruchteten Monopol entwickelt hatte.

Der Reichtum der Familie, die zurzeit allein auf den Augen Harrys und seines Vaters hand, war ein ungeheurer; in eingeweihten Kreisen beherrschte man ihr aktives Vermögen auf über 20 Millionen Mark.

Trotzdem war Laubon senior ein Mann von großer Einfachheit geblieben, dessen ganzes Denken und Denken ausschließlich dem Geldwerb gehörte und der allmorgendlich, ohne auch nur einen einzigen Tag im Jahre auszu-sparen, pünktlich mit dem Glodenklage acht sein Kontor an der Jannowstraße betrat.

Ganz im Gegensatz zu dieser kleinbürgerlichen Lebensauffassung gehörte Harry Laubon zu den tonangebenden Größen der Berliner Feinlese dore, zumal, nachdem er von einem sechsmonatigen Aufenthalt in London mit glattrastem Gesicht und verstimmltem Deutschum auf den Kontinent zurückgekehrt war.

Er zählte unter die beliebtesten Stammgäste der Ar-tadisaale und des Abendkassinos, war Mitglied eines vornehmen Spielclubs und des kaiserlichen Automobilclubs und hegte die stille Hoffnung, dereinst bei den Fürsten-wälder Manen, wo er bereits einmal mit Erfolg geübt hatte, Reserveoffizier zu werden.

Zeit Jahren mit Paul Hausmann vom Klub aus befreundet, hatte er erst während des Monats August auf einer Exkursion durch die Nordseeabder in Nordberny auch die Hausmannschen Damen kennen gelernt und sich ihnen sogleich aufs engste angeschlossen; vor allem Lotte verfolgte er seitdem mit nicht mißzuverstehenden Blicken seiner Verehrung, obwohl diese ihn durch ihr ganzes Wesen über ihre ausgeprochene Abneigung keineswegs im Zweifel ließ.

Dem feinstempfindenden jungen Mädchen verurteilte der blasierte Rowé mit dem kalten, habfüchtigen Gesicht geradezu ein pbbisches Unbehagen, und es hatte zwischen ihr und der Mutter schon in Nordberny heftige Szenen gegeben, daß ihr auch nur die Möglichkeit einer Ehe mit Harry Laubon zugemutet werden konnte.

Hotel Stern.

Deute lehtes Kuitreten der Internationalen Quartette. Außerdem Veranstaltungskamp zwischen John Kanfani und dem Boxlehrer der Schuppel bei um den Preis von 5000 M. und zwei weitere Entscheidungskämpfe. — Sportinteressenten, welche einen Ausweis besitzen, haben ermäß. Preis. **Raffensöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.**

Hotel Stern

Donnerstag, 9. Nov., zum Revolutionsfeiertag **große öffentl. Tanzmusik.**

Saukapelle unter persönlicher Leitung des Herrn Obermusikmeister a. D. Otto. **Neuere Tanzschlager.**
Angenehmer Aufenthalt in der Tanzdiele
Anfang 4 Uhr. Saal geheizt. **Ergebenst ladet ein O. Otto.**

Schützenhaus Riesa.

Morgen Donnerstag **feine öffentl. Ballmusik.**
— Anfang 4 Uhr. —

Café Promenade.

Vorführung des Winterfestes morgen Donnerstag. **Von 4 Uhr ab**

Künstler-Konzert.

— Arsch-Schneider. —

„Admiral“ Bobersen.

Donnerstag, 9. November, von 5 Uhr an **grosse Ballmusik,** wozu freundlich einladet **Rudolf Kühnlein.**

Gasthof Nünchritz. Ballmusik.

Donnerstag v. 5 U. an

Bereinsnachrichten

Chorverein. Donnerstag 1/8 Damen, von 1/9 an mit Herren gemeinsam.
D. C. V. Morg. Do. ab 8 Uhr Mittgl.-Versamm. Dtsch. Haus. Vortr. über Tripth-Grinnerungen.
Rieser Sportverein e. V. Donnerst. u. h. Spiel gemittl. Bekanntheit. mit unv. Gästen i. Schlachth. **Erbsend.** Sonnabend, 11. 11., 1/8 Uhr Voreitenabend im Hotel Höpner. Gäste, durch Mitglieder eingeladen, willkommen. Karten hierzu bei Buchhändler Blume.

Heimatschutzvorträge.

4 Lichtbildervorträge
1 Volksliederabend ::

Beginn Dienstag, 14. Nov., abends 8 Uhr im Hotel Höpner, Riesa.
Hofrat Professor Seyffert-Dresden: **Modeschönheiten — Modetorheiten.**
Eintrittskarten zu 100.— M., gültig für 5 Vorträge, im Zigarrenh. Wittig, Wettinerstraße 8, und in der Buchhandlung J. Jäger, Hauptstraße 79.

Rieser Sportverein e. V.

Liga-Kreismeister Dresdner Fußballring

gegen **Rieser Sportverein**
Liga

1/3 Uhr Schwarzer Platz.
Vorher Knabenspiel 1/2 Uhr.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir zugleich im Namen der Eltern nur **hierdurch**

aufrechtigen Dank.

Riesa, 8. November 1922.
Ernst Krumm und Frau
Martha geb. Fischer.

Fahrradmäntel noch zu billigem Preis



verkauft **2. Winter, Hauptstr. 78.**
Höhneraugen werden Sie sicher los durch **Höhneraugen-Lebwohl** Hornhaut auf der Fußsohle beseitigt **Lebwohl-Salben-Scheiben.** Kein Verrutschen, kein Festkleben, Strumpf, **Bild. Moritz Berg, Bahnhöfstr. 13.**

NDL NORDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßiger Passagier- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern **Von BREMEN nach**

NORD-AMERIKA u. SÜD-AMERIKA

Vorzügliche Passagier-Einrichtungen für alle Klassen. Anerkannt vorzügliche Verpflegung, geräumige Promenadendecks, behagliche Gesellschaftsräume. Beste hygienische und sanitäre Einrichtungen.

Auskünfte, Drucksachen u. Platzbelegung durch: **Wilhelm Frenzel Nachf., Riesa, Wettinerstraße 2.**

Für die zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimzuge unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante, der Frau

Hulda verw. Großhörnigen geb. Winkler

in Bahia, sagen nur hierdurch allen den **herzlichsten Dank.**
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme durch Wort, Schrift und schönen Blumensträußen bei dem Heimzuge unseres teuren Entschlafenen, des Gutsausgüblers

Emil Damm

sagen wir allen nur hierdurch unsern **herzlichsten Dank.**
Riesa, am 7. November 1922.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimzuge meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Privatiers

Aug. Arnold

dankt herzlich im Namen der Hinterbliebenen **Emilie verw. Arnold.**
Riesa, 8. 11. 1922.

Nach langem schweren Leiden verschied gestern früh 5 Uhr mein lieber treusorgender Gatte, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kriegsinvalide

Robert Paul Hofmann

im 35. Lebensjahre. In tiefer Trauer **Emma verw. Hofmann** und Kinder nebst allen Angehörigen.
Riesa, Schützenstr. 9, 8. Nov. 1922.
Die Beerdigung findet Freitag nachm. 1/2 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am Montag abend mein guter Vater, mein lieber Schwiegervater

der Bahnhöfsvorsteher i. R. Wilhelm Döhler

Inhaber des Verdienstkreuzes.
Riesa, 8. November 1922.
Stud.-Rat Dr. Walter Döhler und Frau Magdalena geb. Kröber.
Die Beerdigung findet Freitag, den 10. November, 1/2 Uhr nachm. in Leipzig von der Halle des Johannisfriedhofes aus statt.

Hotel Wettiner Hof feiner Ball.

Donnerstag, 9. November, von 4 Uhr an

Neue veränderte Saaldekoration. Sanftes Märchen. Neue Schläger. Um recht rasen Besuch bitten **W. Krause.**

Ihr Kinder, bittet Eure Mutti,



sie möge auch den Schopf täglich mit Jabol behandeln, damit auch Ihr recht schönes, seidnenweiches Haar erhalte. Dazu schenkt Jabol auch vor den hässlichen Kopfschuppen und Schuppen, unter denen eure Spielkameraden so oft zu leiden haben. Und sagt Mutti, sie könne Jabol in jeder Drogerie, bei jedem Friseur kaufen.



Und zeitweise garnicht zu haben. Da empfiehlt es sich, anstelle der teuren Eier

Dr. Oetker's

Milcheiweiß-Pulver

zu verwenden. Dies ist natürliches, aus der Milch gewonnenes Eiweiß, ist nahrhaft und leicht bekömmlich, und eignet sich vorzüglich zur Bereitung von Pfannkuchen, Klößen, Kuchen, Torten u. s. w. Man verlange umsonst das Rezeptbuch „C.“ in den Geschäften. Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an:

Dr. A. Oetker, Bielefeld.



Einfach! Dauerhaft! Billig!

Diese drei Vorteile genießen Sie beim Kauf einer **Typendebel.**

Schreibmaschine „ROFA“

Einfache, solide Büromaschine. Lieferung in einigen Tagen. Zeitgebende Garantie. Erstklassige Referenz. Vertr.: **Gand Thälheim, Geringswalde i. S., Hauptstr. 118.**

Frauenhaar

Arno Schreiber

Goethestr. 23 neben der Schule.

G. Cohn & Co., Dresden-Friedrichstadt

— Anschlussgleise —

übernehmen Altisen, Gührmaschinen, Kessel, Maschinen, Behälter, ungangbare Lagerbestände, Metallabfälle.

Kauf.

Verkauf.

Lumpen,

Bapier — Altmetalle

Alteisen

kaufe im Hofe von Café Wolf, Paulker Straße. Größere Posten hole ab. **Wilhelm Haack.**

Ausfuhr

2 geb. Bettstellen 1 Küchenschrank verkauft **Albert Kaus.**

Hausmädchen.

Suche zum 1. Dez. 22 ein ordentliches, jüngeres **Hausmädchen.** Zu melden bei **Krumm, Elbstr. 1.**

Beschäftigung

Wetterer zuverlässig, Mann, Kleinrentn., sucht irgendw. **Beschäftigung** in Fabrik oder Geschäft. Offerten unter N N 9688 an das Tageblatt Riesa.

Vertreter

Gut eingeführter **Vertreter** zum Verkauf preiswerter **Schokolade** gesucht. **Wehrin & Co. Dresden, Bäckerstr. 83.**

Zukunft!

Glück, Reichth., Edel, Ehr., w. n. Astrologie u. Sternb. berechn. Gebete Rat in Ehe, Geschäft u. Streb. Nur Geburtsd. u. Schrift einl. Str. real u. wissenschaftl. Viele Dankschreiben. **Thewes, Hannover, Ilanenstr. 8.**

Metalbetten

Stahlmatr., Kinderbetten dir. an Wirt. Rat. 497 frei. **Kornelshausen, Suhl (Thür.).**

Rat für Frauen

Alle hygien. Artikel, Kröpf., Tee, Gummiwaren u. d. Bei Anfragen Rückporto erb. **O. Konietzky, Zeisig 8, Sibonienstr. 24, part. r., Ecke Eisenstraße.**

Hofhaar lauft

zum höchsten Tagespreis **Ja. Otto Striegler Riesa, Hauptstraße 56.**

Häute und Felle

gerbt und lauft **Paul Jungfer, Gerhard Großenhainerstraße 31**

Geflügel-schau

Oschatz am 9. und 10. 12. 1922 in den Sälen des „**Goldenen Bienen**“.

Einzelschau mit Prämierung. Zahlreiche Ehrenpreise als Aufschlagpreise. Anmeldungen bei Herrn **Louis Deybe, Olshag, Steinweg 8, Riesa** am 1. 12. 1922.

Man verlange überall

Radeberger Billner! Freitag früh

ff. Seefisch.

Ernst Schäfer Nachf. Morgen **frische Seefische.** frische grüne Gerlinge. **Clemens Bäcker.**

la Winteräpfel

im ganzen und einzelnen verkauft **Rieser 27.**

Todesfallhalber

bleibt mein Geschäft Freitag von 12 bis 4 Uhr geschlossen. **W. verw. Hofmann** Goethestr. 77.

Gasthof Moritz.

Donnerstag, 9. November **öffentl. Ballmusik.** Es ladet freundlich ein **Otto Arnold.** Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.

Das deutsch-russische Einvernehmen.

Als erster der großen westeuropäischen Staaten hat Deutschland nunmehr durch Entsendung eines Votivalters, noch dazu eines namhaften Vertreters seiner Diplomatie, in aller Form die Beziehungen mit dem großen Rivalenland in Osteuropa wieder aufgenommen. Die bei der Ueberreichung der Beglaubigung des Grafen Brodorsky-Rankau ausgesprochenen Ansprachen zeigen, wenn auch nicht inhaltlich, so doch in ihrer geschichtlichen Bedeutung, über ähnliche Vorgänge hinaus. Wenn Deutschland und Russland, wie Brodorsky-Rankau sich ausdrückt, „unter der Vergangenheit, aber nur soweit sie traurig war“, einen Strich gemacht haben, so spricht hierbei weniger geschichtliche Ueberlieferung und allgemeine Sympathie mit, sondern die Tatsache, daß die beiden einst eng benachbarten und befreundeten Länder heute mehr denn je auf einander angewiesen sind. Russland wie Deutschland sind die eigentlichen Opfer der 1914 zum offenen Ausbruch gelangten Weltkriege. In ihrem eigenen Unheil hat man sie gegeneinander geschoben, überall froh ihres Verblutens in unheilvoller Verbissenheit. Nun drängt aus Verstum und Trümmern, aus doppelter Wirtschaftskatastrophe die unüberwindliche Notwendigkeit die Getrennten wieder zu einander.

Reicht ist Deutschland der Entschluß zu vorurteilsloser Wiederannäherung der Beziehungen nicht geworden. Die Notwendigkeit, aus der Umklammerung eines einseitigen Weges ins Freie zu suchen, ist aber stärker als politisch-weltanschauliche Hemmungen. Weit über die Kreise hinaus, die zur Gefolgschaft des verstorbenen Ministers Rathenau gehören, hat man in Deutschland daher auch seinerzeit den Abschluß des Rapallovertrages als eine Osterhoffnung begrüßt. Der russische Markt in seiner endlosen Weite, der zünftige Rohstoffreichtum in seiner unerlöschlichen Fülle warten des wirkenden Rauberstabes. Gegen Maschinen, Fertigarbeiter aller Art zu lohnender Wertarbeit können wir hier bekommen, wessen wir bedürfen: Getreide, Öl, Holz, Kohle und noch unendlich viel mehr. Den Selbstverbrauch unserer Brotverforgung, der auf Jahre hinaus aus Eigenem nicht zu decken sein wird, können wir aus einem neubestehenden Russland beziehen, ohne uns an Gold schwächen und transatlantische Länder noch mehr mit Bleimetall erfüllen zu müssen. Freilich, der Weg zur Verwirklichung solcher Ziele ist noch weit.

Naturngemäß ist Deutschland nicht das einzige, bisher nicht einmal das erfolgreichste Land geblieben, das Wert auf Wirtschaftsbeziehungen zu Russland legt. Im Gegenteil, das Russen um den Sowjetstaat ist beinahe eine Art weltpolitischer Mode geworden. England hat sich und seinem Kapital einen Löwenanteil an der Lustheute zu sichern verstanden. Auch Frankreich hat plötzlich seine alte Liebe aus der Poincaré-Tschowki-Zeit neu entdeckt und strebt danach, gute Geschäfte zu machen und dann noch hinter den polnischen Verbündeten einen neuen Weg für das Herzland Mitteleuropas zu schaffen. Allen diesen Tatsachen trägt die Erwiderung des Präsidenten Kallinin auf die Ansprache des Grafen Brodorsky Rechnung. Der Vorherrscher des Zentral-Asien-Komitees weist ausdrücklich darauf hin, daß der Weg freundschaftlicher Beziehungen und wirtschaftlicher Annäherung „unbeschadet anderweitiger Verbindungen beider Staaten angegangen werden solle. Deutschland hat aber vor den anderen Völkern das voraus, daß es Russland nicht nur geographisch, sondern auch seinem Schicksal und seiner Wirtschaftsleistung nach am nächsten steht. Eine Folge dieser Tatsache ist die Ausdehnung des Rapallo-Abkommens auf die übrigen Russland angegliederten, formell selbständigen Sowjetstaaten. In gemeinsamer friedlich-schaffender Arbeit soll nun der durch Annäherung der diplomatischen Beziehungen abgebaute Stein geleistet werden zu einer Brücke, die nicht nur hinüber und herüber, sondern auch in eine für beide Länder bessere Zukunft führt.

Ueberreichung des Beglaubigungsschreibens Brodorsky-Rankaus.

Der deutsche Votivalters in Moskau, Graf Brodorsky-Rankau, hat am 6. November in einem feierlichen Antrittsbefehl sein Beglaubigungsschreiben dem Präsidenten des Zentral-Asien-Komitees, Kallinin, überreicht. Bei dieser Gelegenheit hielt der Votivalters eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Mit meinem Können und meiner Person werde ich mich dafür einziehen, zu beweisen, daß der Vertrag von Rapallo eine neue Ära eingeleitet hat für das deutsche und das russische Volk, und damit nicht nur für Europa, sondern für die gesamte Welt. Persönliche Mitarbeit begreifen wir freudig, von welcher Seite sie kommen mag. Mitleid und Bevormundung leben wir ab. Selbständig und zielbewußt wollen wir vertrauensvoll zusammenwirken, nicht nur, um wieder aufzubauen, was sinnlos zerstört wurde, sondern um der Menschheit neue Kulturwerte zu schaffen. — Präsident Kallinin sagte in seiner Antwort u. a.: Mit großer Genugtuung weise ich auf diesen Augenblick hin, in dem die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern in vollem Maße und endgültig wiederhergestellt werden, und höre gern, Herr Votivalters, daß Sie bereit sind, Ihre Tätigkeit im Geiste des Rapallo-Vertrages, zu übernehmen. Durch den Abschluß des Rapallo-Vertrages, der dem Geiste und der Forderung der Zeit und den Interessen beider Staaten entspricht, geben das deutsche wie das russische Volk der gesamten Welt ein Zeugnis uneigennütigen Vertrauens. Nur ein solches Vertrauen vermag die Basis für wahrhaft freundschaftliche Beziehungen zu bieten und der ganzen Welt den einig gerechten Ausweg aus den Schwierigkeiten und dem Chaos zu weisen, die sich aus dem furchtbaren und sinnlosen Krieg ergeben haben. Der Weg freundschaftlicher Beziehungen und wirtschaftlicher Annäherung, den das deutsche und das russische Volk betreten haben, ist fest vorgezeichnet; dieser Weg bleibt unverändert bestehen, unbeschadet aller äußeren Einwirkungen und Zufälligkeiten und unbeschadet der Beziehungen, die von beiden Völkern mit anderen Staaten zu entwickeln können. Ich glaube fest, daß dieser Weg gemeinsamer friedlicher und schaffender Arbeit und Tätigkeit zum wahren Wohle beider Völker führen wird.

Die erste Ernährungslage.

In der gestern vormittag abgehaltenen Hauptversammlung des Deutschen Landwirtschaftsraates kam es zu einer lebhaften Aussprache über die erste Ernährungslage. Staatssekretär Dietrich vom Reichsernährungsamt charakterisierte die augenblickliche Situation folgendermaßen: Bei der Versorgung der Bevölkerung mit Brot ist es darauf hinzuwirken, daß wir schon zur Aufrechterhaltung mehr Weizen getreide eingeführt haben als im Vorjahre. Dies hat seine Ursache darin, daß von der Umlage, von der im Vorjahre bis Ende Oktober 1,14 Millionen Tonnen eingegangen waren, diesmal nur 400 000 Tonnen eingeleistet worden sind. Da die öffentliche Hand immer mindestens 8 Wochen vorher im Besitze der zur Verteilung notwendigen Getreidemengen sein muß, so wird Anfang des nächsten Jahres mit ersten Schwierigkeiten zu rechnen sein. Das erstehende Auslandsgetreide in Verbindung mit der jetzt eingebrachten Umlagemenge reicht gerade bis in die ersten Tage des Januar. Dietrich richtete im Namen der Reichsregierung einen dringenden Appell an die Landwirtschaft, die Ablieferung des Umlagegetreides so schnell wie möglich zu beschleunigen.

Die ersten Sachverständigen-Gutachten.

Die politische Lage.

Aus dem Kreise der von der deutschen Regierung nach Berlin berufenen ausländischen Sachverständigen ist gestern der Reichsregierung von den Herren Bradt, Cassel, Deuts, Keynes das erste finanzpolitische Gutachten überreicht worden. Es wird der deutschen Öffentlichkeit unmittelbar nach seiner Ueberlieferung zugänglich gemacht. Weitere Gutachten von den übrigen Sachverständigen sind in kürzester Frist zu erwarten.

Die politische Lage in Berlin hat im Laufe des gestrigen Nachmittags eine wesentliche Entspannung erfahren. Auf Grund der Sachverständigen-Gutachten wird die Regierung nach erneuter Stellungnahme im Verlaufe des heutigen Tages der Reparationskommission ihre Antwort in Gestalt detaillierter Vorschläge auf ihre Rückfragen erteilen. In politischen Kreisen hegt man die Hoffnung, daß es gelingen könnte, mit internationalen Bankkreisen unter Mitwirkung der Reichsbank ein internationales Finanzsindikat zusammenzubringen, dem die Stützung der Mark obliegen wird. Voraussetzung dafür ist, daß die Reparationskommission ihrerseits gewisse Sicherheiten für diese Stützungssaktion gewährt, und daß baldigst eine Bankkonferenz einberufen wird, die die notwendigen Maßnahmen frei und ungehindert beschließt. Damit würde die Notwendigkeit eines weitgehenden Moratoriums schon selbst mit zur Diskussion gestellt sein.

In der gestern vormittag abgehaltenen Kabinettsitzung wurde beschlossen, der Reparationskommission eine Antwortnote zu übermitteln, in der die ersten deutschen Vorschläge im einzelnen weiter ausgeführt werden sollen. Diese Möglichkeit ist dadurch geboten, daß positive Anerbietungen aus den Kreisen der ausländischen Bankleute, die bereit sind Teilnehmer an den Sachverständigenberatungen in Berlin zu werden, vorliegen. Es handelt sich für die Regierung um wesentlichen darum, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen von ausländischen Banken Vorläufe in Höhe von mindestens 500 Millionen Goldmark zu erhalten sind. Gelting es, ein internationales Syndikat zu bilden, das die großen Kredite flüssig macht, so ist auch die Möglichkeit für eine Mitwirkung der Reichsbank bei diesen Finanzoperationen gegeben.

Ueber den Inhalt der Antwort der Reparationskommission kann noch nichts gesagt werden. Die Note schlägt keine Türe zu, sondern eröffnet die Möglichkeit weiterer Verhandlungen. Das Kabinett befahte sich gestern morgen mit ihr. Der Reichskanzler hat im Laufe des gestrigen Nachmittags die Parteiführer empfangen, und zwar zuerst die Führer der Regierungsparteien zusammen mit denen der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei. Daran schloß sich eine kurze Aussprache, die aber nur informativem Charakter trug. Später hat der Reichskanzler auch noch die Führer der Deutschnationalen Volkspartei empfangen. Zu dem von Paris aus verbreiteten Redungen über Unstimmigkeiten im Reichskabinett in der Reparationsfrage, besonders über Differenzen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister, schreibt die „Germania“: Diese Behauptungen träfen auf die gegenwärtige Situation nicht zu. Die Vorschläge, die die deutsche Regierung der Reparationskommission gemacht habe, seien einstimmig gefaßt und in den offiziellen Kundgebungen als Vorschlag der Gesamtregierung bezeichnet worden. Anderslautende Gerüchte dienen bestimmten Zwecken und sollen die Verhandlungen mit der Reparationskommission fördern. Das Zentrum stützt die bisher belagerte Politik des Reichskanzlers und betrachtet den Reichskanzler als ihren Vertrauensmann.

Aus gut unterrichteten diplomatischen Kreisen erfährt das „Berliner Tageblatt“, das Pierpont Morgan, der sich gegenwärtig in Rom aufhält, spätestens am 20. November nach Amerika zurückzukehren gedenkt. Dieser Nachricht kommt um so größere Bedeutung zu, als bekanntlich seit geraumer Zeit Vertretungen im Gange sind, eine zweite Bankierkonferenz zur Diskutierung der Reparationsfrage

nach Paris oder Brüssel einuberufen. Morgan hätte wiederum den Vorschlag zu übernehmen, und es wäre darum wichtig, ihn hieran noch während seines diesmaligen Aufenthaltes in Europa zu gewinnen, da sonst die Einberufung einer zweiten Bankierkonferenz erhebliche Verzögerungen erleiden müßte. Da die große Brüsseler Finanzkonferenz voraussichtlich erst Anfang Dezember stattfinden kann, wird wohl Paris in erster Linie als Tagungsort für die Konferenz in Frage kommen. Selbstverständlich macht auch diese umfangreiche Vorarbeiten notwendig. Dies sei aber der Grund, weshalb die Reparationskommission möglichst rasch nach Berlin zurückkehren möchte. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus sicherer Quelle erfährt, hat die Reparationskommission noch Dienstag abend den morgigen Donnerstag als Termin ihrer Abreise in Aussicht genommen. Dies werde aber keineswegs einen Abbruch der Verhandlungen mit der deutschen Regierung bedeuten, sondern lediglich durch die Verpflichtungen zu erklären sein, die die Kommission in Paris habe. Es wäre ja auch nicht das erste Mal, daß Verhandlungen, die in Berlin aufgenommen wurden, in Paris fortgesetzt worden sind. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß die Reparationskommission ihren Berliner Aufenthalt noch um einen oder zwei Tage verlängert, wenn sie zu der Ueberzeugung kommt, daß die für den heutigen Mittwoch erwarteten neuen deutschen Vorschläge Aussicht bieten, die Besprechungen über die Frage der Markstabilisierung noch wesentlich zu fördern. Sollte dies nach der Meinung der Reparationskommission nicht der Fall sein, so würde sie nach den Informationen des Berliner Tageblattes gleichwohl zur Fortsetzung der Beratungen in Paris bereit sein.

Voucheur

über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

In der gestrigen Nachmittagsitzung der französischen Kammer ergriff nach einer Rede des Abg. Ancey der frühere Minister für die besetzten Gebiete, der Abg. Voucheur das Wort. Er handelt sich darum, erklärte er, die tatsächliche außerliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen. Eine der Hauptursachen der Weltkriege sei die Zahlungsunfähigkeit der Welt, die die Währungsarten in den alliierten und den ehemals feindlichen Ländern entwertete. Voucheur verwies darauf, daß es für Frankreich im gegenwärtigen Augenblick völlig unmöglich sei, seine Goldschulden bei England zu bezahlen. Frankreich könne nur nach der gleichen Methode zahlen, nach der es selbst bezahlt werde. Voucheur entwarf hierauf ein Bild von der Lage in Deutschland. Deutschland müsse vor allem in seine Finanzen Ordnung bringen, sein Budget und seine Zahlungsbilanz ausgleichen. Er behaupte, daß der Garantepakt nicht in Kraft getreten sei. Niemand könne es Frankreich verdenken, wenn es am linken Rheinufer ein Regime errichte, das ihm gestatte, ruhig zu schlafen. Er denke nicht daran, das linke Rheinufer vom deutschen Reich zu trennen, aber wie Barres verlange er, daß alle preussischen Beamten entfernt würden. Das Rheinland den Rheinländern! (Beifall.)

Bois caré unterbrach und erklärte, nach dem Vertrage selbst könne die Räumung des linken Rheinufer noch an dem Tage erfolgen, an dem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Solange dies nicht geschehen sei, werde die französische Regierung die Besetzung aufrecht erhalten.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung sprach Voucheur zum Budget. Um die französische Währung zu stabilisieren, müsse man versuchen, durch Anleihen im Auslande große Reserven von ausländischen Devisen zu erlangen, und an den Patriotismus aller Franzosen appellieren, die ausländische Werte im Besitz haben.

Nach der Rede Voucheurs, die in der Kammer eine große Wirkung ausgelöst hatte, wurde die Fortsetzung der Haushaltsdebatten auf Donnerstag vertagt.

Die Erhöhung der Beamtenbezüge.

Der Ueberwachungs- und Ausschuss des Reichstages hat die von der Regierung vorgeschlagenen Erhöhungen der Beamtenbezüge einstimmig genehmigt. Danach wird ab 1. November zu dem Grundgehalt, den Beamten, dem Drucksatz und den Ständevorständen ein Teuerungszuschlag von 40 Prozent so schnell wie möglich ausbezahlt. Hierzu kommt ein Frauenzuschlag von 1000.— Mark monatlich.

Alarm-Meldungen aus Bayern.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt gestern nachmittag eine Vollversammlung ab, die wegen der alarmierenden Meldungen der Gewerkschaften über die Lage in Bayern einberufen worden ist. Die bayerischen Gewerkschaften sollen eingehendes Material über die Tätigkeit des Generals Wittwig und des Kapitäns Ehrhardt in Bayern und über die des Majors Vahst in Nordtirol gesammelt haben.

Die Unruhen in Konstantinopel.

Die alliierten Generale haben Nisai Pascha mitgeteilt, daß Konstantinopel entsprechend dem Waffenstillstandsvertrage zum Teil unter alliiertem Kontrolle bleiben müsse. Nisai Pascha hat darauf geantwortet, er lehne jede Art von Kontrolle ab, werde aber in Angora noch Weisungen einholen.

Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel haben die alliierten Oberkommissare ihre Regierungen ersucht, Maßnahmen zuzustimmen, die der Verhängung des Belagerungsstandes gleichkommen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen wird damit begründet, daß die neue Verwaltung Schritte unternimmt, die mit der früheren Regelung im Widerspruch stehen und gegen die Ausländer gerichtet sind. Insbesondere will sie die übertrieben hohen Zölle anwenden, die von der Nationalversammlung aufgestellt sind und die das Brot verteuern, die Staatsverträge über die Pflichten und Rechte der im Auslande lebenden Staatsbürger (Kapitulationen) aufheben und die Geschwindigkeit der gemischten Gerichte nicht anerkennen. Der frühere Stand der Dinge müsse mindestens während der Dauer der Konferenz bestehen bleiben.

Die Kundgebungen in den asiatischen Vorstädten von Konstantinopel nahmen vorgestern eine ernste Wendung. Duzer der von Christen bewohnten Häuser wurden eingeschlagen. Vier britische Soldaten wurden durch Messerhiebe verwundet. Die Demonstranten riefen: Nieber mit England, Frankreich und den Alliierten! Man glaubt, daß die Kemalisten die Stellung der Alliierten in Konstantinopel unhaltbar zu machen suchen, um so der Belagerung seitens der Alliierten noch vor der Friedenskonferenz ein Ende zu bereiten.

Der neue Zolldienst ist vorgestern aufgenommen worden. Er bringt besondere Tarife für die kemalistischen Gebiete in Anwendung. Diese Tarife machen den fünffachen Betrag

der Tarife aus, die während des Krieges in Ostung waren. Zugleich wurden Bestimmungen der nationalen Regierung über Luxusartikel und alkoholische Getränke erlassen. Viele Personen stühten zu den Gendarmen mit der Bitte um Schutz und Hilfe. Sie wollen das Land verlassen. Aus den Dörfern in der Nähe der Fronten der Alliierten sind über 7000 Griechen geflüchtet und unter englischem Schutz nach Saloniki eingeschifft worden. Der Abzug der Bevölkerung nimmt zu.

In Eskişehir ist eine kritische Lage entstanden, da dort türkische Gendarmen gegen die britischen Truppen vorgeht und das Vorgehen britischer Patrouillen über die Drei-Weilen-Zone verhindert. General Gorington wird am Dienstag die Lage mit Fömet Pascha erörtern.

Wie Davos mitteilt, hat ein Vertreter der Regierung von Angora in einer Unterredung mit einer Delegation der ägyptischen Nationalpartei mitgeteilt, die Regierung von Angora erkenne England keinerlei bevorrechtete Stellung im Mittel zu. Die Frage sei entsprechend den von der ägyptischen Nationalpartei aufgestellten Forderungen zu lösen.

Reuter erfährt, die Zweifel darüber, ob Angora beabsichtige, das Madania-Abkommen auszuführen, verursachten Besorgnisse. Es bestehe volle Uebereinstimmung zwischen den Alliierten, die einhellig der Meinung seien, daß die Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung von Konstantinopel voll auf ihren Schultern verbleibe.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat Nisai Pascha den Alliierten eine Note unterbreitet, in der die Ueberweisung der britischen Unterthanen aus Konstantinopel gefordert wird.

Weitere Stimmungen zur Landtagswahl.

Der „Dresdner Anzeiger“ sagt: „Die Sozialdemokratie wird sich freuen. Sie hat Grund dazu. Jubeln wird sie — wir sagten es schon — laum, trägt sie doch wieder die Verantwortung, ohne sie allein tragen zu können. Zur Regierungsbildung braucht sie Hilfe. Wo soll sie sich hinwenden? Es gibt drei Wege. Entweder findet sich der alte Stamm der Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer Mehrheit von 51:45. Dann wäre nichts geändert und der Zustand von früher, den die Sozialdemokratie oft genug selbst als unerträglich empfand, höchstens zahlenmäßig verschlimmert. Wertvolle Kräfte des jüdischen Volkes wären auch ferner von der Mitarbeit in Staat ausgeschlossen. Oder die Sozialdemokratie verzieht sich der Hilfe der Demokraten. Dann wäre das letztere Bedenken zum Teil überwunden, aber die Mehrheit von 49:47 ermunerte vielleicht doch manchmal an das alte lateinische Sprichwort, daß die Spuren strecken. Unbedenklich bedürfte es dann bisweilen freundschaftlicher Unterstützung von rechts. Warum dann nicht gleich die dritte Möglichkeit, die Regierung der 67:29? Also die Regierung der verbleibenden Mitte, die Regierung der Volks- und Rotgemeinschaft, die Regierung, deren wir ebenso sehr im Reiche bedürfen, die uns allein durch die Gemeinsamkeit ihrer Entschlüsse vordrängen kann,

nach der das Volk in Wahrheit hunger und für die es durch das Ergebnis auch dieser Wahl mit ihrer eigentümlichen Stimmenverteilung entschieden hat.

Das Dresdner Zentrumblatt, die „Sächsische Volkszeitung“, stellt mit Bedauern fest, daß für keine Partei eine Aussicht besteht, im neuen Landtage einen Sitz zu erhalten, und fährt fort: „Nicht weniger bedauerlich freilich bleibt es, daß die Wahl im ganzen nicht das gehalten hat, was sich die bürgerlichen Wähler von ihr versprochen haben. So viel kann man heute schon feststellen, daß auch in Zukunft der sächsische Landtag eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit aufweisen wird, und leider: Ein großer Aufwand schmächtig ist vertan. Das Volk hat wieder einmal gesprochen! Die Wahl hat gezeigt, daß wir in unserer Staatsweise allem Anschein nach noch weit entfernt sind von Einheit und Vernunft, und man kann nicht allzu hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, die sicherlich kein Eldorado wahrer Kultur und wahren Volkswohlfandes sein wird.“

Die Berliner rechtsstehende „Deutsche Tageszeitung“ urteilt folgendermaßen: „Das sozialistische sächsische Kabinett hat bekanntlich nur von dem guten Willen der Kommunisten gelebt. In sozialdemokratischen Kreisen ist das seit langem als ein höchst unwürdiger Zustand empfunden worden, und die sozialdemokratische Wochenchrift „Die neue Zeit“ schrieb bereits in einer Vorbetrachtung zur Wahl, daß auch für den Fall, daß die vereinigten Sozialisten (Mehrheitler und Unabhängige) für sich allein keine Mehrheit erringen sollten, „das kommunistische Experiment nicht wiederholt“ werden dürfe. Wenn das die offizielle Meinung der Sozialdemokratie ist, so bedeutet für sie trotz der Kränklichkeit im Landtag die Wahl am 5. November einen Misserfolg. Der Plan ihrer Wiedervereinigung hat nicht ausgereicht, um ihr das Stehen auf eigenen Füßen zu ermöglichen. Wenn sie sich nicht noch größeren Anwürdigkeiten von Seiten der Kommunisten aussetzen will, so bleibt ihnen nur eine Koalition mit bürgerlichen Parteien übrig, die dann freilich schon über die Demokraten hinauszuweisen muß, um eine regierungsfähige Mehrheit im Landtag zu haben.“

Das Blatt der sächsischen Kommunisten, „Der Kampf“, schreibt: „Die Bürgerlichen haben zwei Mandate verloren. Aber auch die Hoffnungen der SPD. sind zerfallen. Hinsichtlich hatte der Welt vorgezeichnet, daß die SPD. ganz allein die absolute Mehrheit bekommen werde, so daß sie weder auf eine parlamentarische Unterstützung der Bürgerlichen noch die der Kommunisten angewiesen sein würde. ... Entweder mit Unterstützung der Kommunisten gegen die Bourgeoisie oder mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Arbeiterregierung oder Stimmens-Koalition — so steht die Frage.“

Die 11. Berlin erscheinende „Sozialdemokratische Korrespondenz“ hat demgegenüber mit aufstrebender Sicherheit: „Ein Vorkäuf mit den Kommunisten kommt unseres Erachtens nicht mehr in Frage. Eine Partei, die ihre politischen Forderungen höchstens eine Stunde hält, schaltet sich von selbst von der Regierungspolitik aus. Die Vereinigte Sozialdemokratie wird aus eigener Kraft eine rein sozialistische Regierung bilden und es den Bürgern und den Kommunisten überlassen, eine Landtagsauflösung und Neuwahlen heraufzubeschwören, wenn es sie danach geliebt.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ urteilt: „Der Wahlsieger hat bewiesen, daß die sozialistischen Arbeiter bei einem Selbstbewußtsein die kommunistischen Rabaukpolitiker völlig im Schach zu halten vermögen. Die Wähler vom 5. November zu Sozialisten heranzuziehen, die allen weiteren Anstürmen gewachsen sind, das muß unsere Aufgabe in noch höherer Weise sein. Jetzt, nach den Wahlen, hat eine eingehende Aufklärungsarbeit innerhalb der Partei einzusetzen, die im Innern der Organisations- und Einzelindividuen zu einem schärferen Kampfer zu ergeben hat. Die Hunderttausende von Wählern, die am 5. November trotz der Verleumdungen von rechts und links dem sozialistischen Gebanten zum Siege verholfen, das sind Kerntruppen der sozialdemokratischen Bewegung, die auch allen kommenden Anstürmen trotzen werden. Insofern hat der verlorene Wahlsieger vollkommene Klarheit geschaffen. Was die Vereinigte Sozialdemokratische Partei jetzt an Stimmen zu buchen vermöge, das wird ihr bleiben immerdar.“

Die „Chemnitzer Volksstimme“ gibt ihrem Leitartikel die Überschrift „Sieg!“ und sagt: „Wir wußten es vor der Wahl, daß das Ergebnis der sächsischen Landtagswahl einen Rückschlag auf die Stimmung der Bevölkerung in der deutschen Republik erlauben würde. Wir wissen wohl, daß Sachsen vorwiegend ein Industrie- und ein Bergbauland ist und daß die Verhältnisse im Reich anders und differenzierter sind, und dennoch glauben wir behaupten zu dürfen, daß das energische Vorgehen der sächsischen Regierung nach dem sozialistischen Ziel hin, d. h. zum Wohl der Gesamtbevölkerung, an dem auf die Gesamtverteilung wirken, daß auch sie prinzipiell den Kampf aufnehmen muß, wenn ihr der Selbstbehauptung hingeworfen wird, daß sie ihm auch dann nicht ausweichen darf, wenn die Ausdrucksform in der D. P. S. in der Stellung politisch zu betrachten als eine Verhärterung des Kampfes zum Grund in die Zukunft. Die Bürgerlichen haben, wenn sich das Gesamtresultat nicht wesentlich ändern sollte, eine Niederlage erlitten, und es gilt für sie das Wort, daß sie, wie der Kapitalismus überhaupt, ein Teil von jener Kraft sind, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Die Sozialisten in Sachsen aber reden nach der Ermüdung des Wahlsiegers unsere Arme und werden Schritte schlagen in die Sozialdemokratie der Ausbeuter und Vorkäufers zum Heile des Volkes, das und ein Vertrauen geschaut hat, dessen wir uns würdig erweisen wollen.“

Wer hat gewonnen, wer verloren?

Im „Chemn. Tagebl.“ lesen wir: Wenn man, wie das gewöhnlich bei der Auswertung der Wahlergebnisse durch die Presse geschieht, die erzielten Stimmengahlen mit den Zahlen der vorhergehenden Wahl vergleicht, so ist gerade diesmal ein Rückschlag aus einem solchen Vergleich auf das Stimm- oder die Anzahl der Parteien sehr ersicht. Denn bei der Wahl am letzten Sonntag sind 25 Prozent mehr Stimmen wie 1920 abgegeben worden. Die Frage nach der Zu- oder Abnahme der Wählerstimmen einer einzelnen Partei läßt sich aber doch nur dann beantworten, wenn man feststellt, ob sich ihre Stimmen im Verhältnis zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmblätter vermehrt oder vermindert haben.

Wenn man Klarheit darüber haben will, ob die Politik der einzelnen Parteien bei den Wahlen Anhang gefunden hat oder nicht, ob das Oer ihrer Anhänger sich vergrößert oder verkleinert hat, dann muß man sich schon die Mühe

machen, einmal auszurechnen, wie groß der prozentuale Anteil der von einzelnen Parteien erzielten Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ist. Wir glauben, daß es notwendig ist, den Entwicklungsweg der einzelnen Parteien genau zu erkennen, und daher haben wir uns die Mühe dieser Ausrechnung gemacht. Dabei haben sich für die gesamte Wahl in Sachsen folgende Tatsachen ergeben:

Zugewonnen haben die Kommunisten von 8,5 Prozent im Jahre 1920 auf 10,5 Prozent im Jahre 1922, die Demokraten von 7,8 auf 8,4 Prozent. (Die Minoritätspartei der Deutsch-Sozialisten, die im Jahre 1920 keinen Kandidaten aufgestellt hatte, brachte es diesmal auf 0,4 Prozent.)

Abgenommen haben die Sozialdemokraten von 41,9 Prozent im Jahre 1920 auf 4,8 Prozent im Jahre 1922, die Deutsche Volkspartei von 18,7 auf 18,8 Prozent, die Deutschnationalen von 21,1 auf 19,8 Prozent, das Zentrum von 1,1 auf 0,8 Prozent, die Wirtschaftspartei von 0,8 auf 0,2 Prozent.

Zu bemerken ist hierzu, daß bei dieser Rechnung aus dem Wahlergebnis des Jahres 1920 die Stimmen der Rechtsunabhängigen denen der Mehrheitssozialdemokraten, die der Linksunabhängigen denen der Kommunisten zugerechnet worden sind. Rechnet man dagegen die Stimmen der beiden unabhängigen Parteien denen der Mehrheitsler hinzu, so ergibt sich eine noch größere Abnahme bei der Vereinigten Sozialdemokratie und ein noch größerer Zuwachs bei den Kommunisten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Thüringer Betriebsrätekonferenz. Unter Teilnahme von 400 Betriebsräten, die insgesamt 300.000 Arbeiter vertreten, fand am Sonntag in Erfurt der Thüringer Betriebsrätekonferenz statt. Von den Delegierten gehörten 293 zur SPD, 22 zur SFD, 18 zur USPD. Außerdem waren 67 parteilose, 3 Syndikalistin und 6 Jugendliche unter den Delegierten. Mehrere 100 Betriebsräte nahmen an der Tagung als Gäste teil. Nach Entgegennahme einer Anzahl von Referaten verlas der Vorsitzende Voll-Tena mehrere Entschlüsse, in denen zur politischen und wirtschaftlichen Lage, zur Wohnungsfrage, sowie zur Wiedereinführung der Zwangsarbeit Stellung genommen wurde. In einer Entschlüsse heißt es u. a.: Jede Kapitalisten vor dem Vorkäuf, jeder Versuch, auch in Thüringen Koalitionspolitik zu betreiben, jede Unterwerfung vor der bürokratischen Reichsregierung betrachte die Thüringer Betriebsrätekonferenz als einen Verrat gegenüber den Interessen der Arbeiterschaft.

Abbruch der deutsch-schwedischen Verhandlungen in Dresden. Der über den Geschäftsverkehr der Versicherungsgesellschaften abgebrochene Vertrag zwischen Deutschland und der Schwedischen Versicherungsgesellschaft ist am Dienstag durch den deutschen Vertreter, Ministerialdirektor v. Stockmann, und den schwedischen Vertreter, Legationsrat Dr. Jbl. in Dresden unterzeichnet worden. Gleichzeitig wurde ein weiteres Protokoll vereinbart, durch das gewisse Bestimmungen der bisherigen Abkommen auf dem Gebiete des Warenverkehrs verlängert und ergänzt werden.

Schulpolizei und Achtsundentag. Die den Berliner Blättern von zufälliger Seite mitgeteilt wird, hat eine Versammlung von Mitgliedern der Schulpolizei eine Resolution angenommen des Achtsundentages für die Schulpolizei gefaßt. Dieser Standpunkt ist für die Regierung unbestimmend. Gegen die Beamten, die sich in jener Versammlung disziplinwidrig benommen haben, wird eingeschritten werden.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter. Der „Köln. Volksztg.“ zufolge haben die Grublen Bergarbeiter des rheinischen Braunkohlenreviers in 10 Bezirksmitglieder-vertretungen den Schiedspruch im Ruhrgebiet, der der Lohnregelung im Braunkohlenrevier zugrundeliegt, mit ausführender Begründung abgelehnt.

Falsche Gerüchte über den Reichspräsidenten. Das „B. L.“ veröffentlicht zu dem in der Provinzpresse verbreiteten Gerücht, daß Ebert ein oder mehrere Mittergüter erworben haben soll, ein Schreiben des Vizepräsidenten an einen Soldiner Kaufmann, der sich für die Angelegenheit interessierte. In dem Schreiben heißt es: Weder der Reichspräsident, noch eines seiner Familienmitglieder hat ein Gut oder sonstiges Privateigentum gekauft, noch denkt er solches zu tun. Das Gerücht ist jedenfalls darauf zurückzuführen, daß der Reichspräsident ein kleines Solchhaus in der Nähe des Werbelliner Sees erworben hat, das dem jeweiligen Reichspräsidenten als Sommerwohnung zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Preis für Druckpapier. In den Verhandlungen, die in den letzten Tagen über die Preise für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier im Reichswirtschaftsministerium geführt worden sind, erklärte sich die Zellstoff- und Holzstoffindustrie zu wesentlichen Nachlässen auf die Preise für die Herstellung von Zeitungsdruckpapier erforderlichen Mengen bereit. Dadurch wird sich der Preis des Druckpapiers für die Zeitungsverleger von 187 auf ungefähr 162 M. für das Kilogramm ermäßigen. Nach dem Ergebnis der antiken Nachprüfung der Verrechnungskosten liegen die Steigerungen der Holzpreise, der Frachten, Löhne und Gehälter und insbesondere die Verteuerung des Papierholzes, das in letzter Zeit zum weitesten größten Teile aus dem Ausland bezogen werden mußte, eine weitere Preisoberhebung nicht zu. Von einer erneuten Festsetzung von Höchstpreisen für Holzstoffe wurde bei dieser Sachlage abgesehen. Die hierüber erlassene Verordnung wird in den nächsten Tagen mit Wirkung vom 1. November ab aufgehoben werden.

Schlesien.

Antrag auf Regelung der nationalen Verhältnisse. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses haben zum ersten Male seit dem Bestehen des Parlaments sämtliche oppositionellen Parteien, Deutsche, Tschechen, Ungarn und Slowaken einen gemeinsamen dringlichen Antrag gestellt: es sei ein besonderer Ausschuss zu beauftragen, Wege und Mittel über die Regelung der nationalen Verhältnisse und besonders über die rechtliche Stellung der im Staat lebenden Nationalitäten auszuarbeiten. Dieser Dringlichkeitsantrag ist von 117 oppositionellen Abgeordneten unterfertigt. Das Haus zählt insgesamt 270 Mitglieder.

Griechenland.

Die kleinasiatischen Flüchtlinge. „Chicago Tribune“ meldet aus Athen: Die Zahl der kleinasiatischen Flüchtlinge in Griechenland beträgt jetzt 380.000 Männer, 293.000 Frauen und 370.000 Kinder, darunter 70.000 Waisen. In der von der amerikanischen Unterstütsungsorganisation angegebenen Gesamtzahl von 846.000 Flüchtlingen sind zahlreiche Personen nicht enthalten, die genügende Mittel besitzen, um selbst für ihren Unterhalt zu sorgen.

Amerika.

Die Wahlen. Davons berichtet aus Washington zu den gestern stattgefundenen allgemeinen politischen Wahlen: Die

Wahlen werden zum ersten Male seit der Wahl des Präsidenten Harding der Meinung des Landes Ausdruck geben. Die Vereinigten Staaten haben 436 Abgeordnete zum Präsidentenhaus, 37 Senatoren, 32 Staatsgouverneure, sowie die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften in den verschiedenen Staaten zu wählen. Die Hauptrolle wird die Frage des Alkoholverbotes spielen. Von internationaler Bedeutung im Wahlkampf sei nur die Frage des Zolltarifes gewesen. Die Teilnahme am Wählerbunde und die interalliierten Schulden sei fast überall in den Hintergrund getreten. Man habe sich hauptsächlich mit innerpolitischen Angelegenheiten beschäftigt.

Steuererleichterungen für Kinderbemittelte.

In fast allen Steuererlassen, die Einkommen oder Vermögens treffen, finden sich sogenannte Billigkeitssparagrafen, durch die es möglich wird, Steuerpflichtigen, deren Leistungsfähigkeit aus besonderen Gründen geschwächt ist, die Steuerlast leichter zu machen. Im Reichsarbeitsblatt hat Regierungsrat Walter Bredas aus dem Reichsarbeitsministerium diese besonderen Erleichterungsbestimmungen der einzelnen Steuererlasse in übersichtlicher und knapper Weise zusammengestellt. Da sie bei der ungewohnten Teuerung, die den Mittelstand aufs schwerste belastet und viele bisher ausgesteuerte Steuerzahler leistungsunfähig macht, von sehr großer Bedeutung sind, so seien die wichtigsten Sonderbestimmungen nachstehend kurz erwähnt.

Bei der Einkommensteuer können nach der neuesten Fassung des Gesetzes besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit eines Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, durch Ermäßigung oder Erlass der Einkommensteuer berücksichtigt werden. Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außerordentliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle und dergleichen. Ferner ermäßigt sich nach § 28, Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes die Einkommensteuer um 2000 Mark für diejenigen Steuerpflichtigen, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, sofern das steuerbare Einkommen 50.000 Mark nicht übersteigt und sich in der Hauptsache aus Kapitaleinkommen oder ähnlichen Bezügen zusammensetzt. Inquantum der Einkommensteuer ist außerdem die Einkommensteuer getroffen worden, daß die auf Grund der Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums gezahlten Unterhaltungen für nichtlebende Einkommennehmer als Bezüge aus öffentlichen Mitteln gelten, die nach § 12 des Einkommensteuergesetzes nicht als steuerbares Einkommen anzurechnen sind. Zu bemerken ist noch, daß alle hier erwähnten Ermäßigungen oder der Erlass der Einkommensteuer nur bei Steuerzahlern in Frage kommen, deren Einkommen unter 200.000 Mark jährlich beträgt. Erstattung der Einkommensteuer können die Finanzämter bewilligen, wenn die Einziehung mit erheblichen Härten für den Steuerzahler verbunden ist. Auch können in diesem Falle die Finanzämter die Entrichtung in Teilbeträgen gestatten.

Bei der Kapitalertragsteuer sind besondere Bestimmungen zur Erleichterung für Kinderbemittelte ebenfalls im Einkommensteuergesetz festgelegt worden. Danach wird die von einem Steuerpflichtigen entrichtete Kapitalertragsteuer, sofern sie mindestens fünf Mark beträgt, auf Antrag auf die für das gleiche Jahr gefällte Einkommensteuer angerechnet, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist, und wenn das steuerbare Einkommen hauptsächlich aus Kapitaleinkommen, Leib- oder anderen Renten oder Wartegeld, Ruhegehalt, Witwen- oder Waisenpension oder anderen Bezügen für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit besteht. Die Anrechnung erfolgt bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 25.000 Mark in voller Höhe, bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als fünfzigtausend Mark zur Hälfte. Der anrechnungsfähige Betrag wird in der Höhe, soweit er den Betrag der Einkommensteuer übersteigt oder Einkommensteuer nicht zu entrichten ist. Diese Erleichterungen sind mit sämtlicher Beschleunigung vorzunehmen.

Auch das Vermögenssteuergesetz enthält Erleichterungen für Steuerpflichtige, die entweder über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind. Diese Personen sind, falls ihr steuerpflichtiges Vermögen nicht etwa hauptsächlich aus Grund- oder Betriebsvermögen besteht und das Vermögen von 500.000 Mark nicht übersteigt, auf Antrag jeweils für ein Kalenderjahr von der Vermögenssteuer zu befreien, wenn das für das vorangegangene Kalenderjahr zu versteuernde Einkommen den Betrag von 20.000 Mark nicht überschritten hat. Auch bei der Veranlagung von Personen, bei denen diese Voraussetzungen nicht vorliegen, können besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die ihre Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen, berücksichtigt werden, soweit ihr Vermögen nicht mehr als 500.000 Mark beträgt. Die Vermögenssteuer kann hierbei bei einem Vermögen bis zu 200.000 Mark ganz, und bis zu 500.000 Mark bis zur Hälfte erlassen werden.

Für das Reichsnotopfer gelten ähnliche Bestimmungen wie bei der Vermögenssteuer. Falls das Vermögen sowohl am 31. Dezember 1919, als auch am 31. Dezember 1922 den Betrag von 500.000 Mark nicht übersteigt, ist Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind, der auf das Reichsnotopfer entrichtete Betrag in vollem Umfang zu erlassen. Doch darf auch hier das steuerpflichtige Vermögen nicht in der Hauptsache aus Grund- oder Betriebsvermögen bestehen.

Bei der Vermögenszuwachssteuer sind ebenfalls Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind, befreit, wenn ihr Vermögen nicht hauptsächlich aus Betriebsvermögen besteht, und wenn es den Betrag von 300.000 Mark nicht übersteigt.

Das Gesetz über die Wangsanleihe befreit Zeichnungspflichtige, wenn das Vermögen vorwiegend nicht aus Grund- oder Betriebsvermögen besteht und das Gesamteinkommen im Jahre 1921 40.000 Mark nicht übersteigt, bis zu einer Vermögensgrenze von 300.000 Mark von der Zeichnungspflicht. Personen, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind, sind bis zu einem Vermögen von einer Million Mark von der Zeichnungspflicht befreit, wenn sich das Einkommen vorwiegend aus den Erträgen des Vermögens zusammensetzt und 1921 den Betrag von 60.000 Mark nicht übersteigt hat.

Nach dem Erbschaftsteuergesetz ist eine Erbschaft, die Ehegatten, Nachkommen, Eltern oder Großeltern des Erblassers zuzählt, von der Erbschaftsteuer befreit, wenn der Erwerb zusammen mit dem sonstigen Vermögen 500.000 Mark nicht übersteigt und der Erwerber infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen als erwerbsunfähig anzusehen ist oder durch die Führung eines gemeinsamen Haushaltes mit erwerbsunfähigen oder in der Ausbildung an einem Lebensberuf begriffenen Abstammungen an der Ausübung einer Erwerbstätigkeit verhindert ist.

Trauring verlor. Ges. M. G. 8. 5. 21. Gegen Belohnung abgegeben. **Wichner Str. 14.**

Junger Mann sucht ein leeres Zimmer m. Kochgelegenheit i. Miesch od. Ima. Off. n. N. Q. 6611 an das Taachblatt Miesch.

Suche für Eltern 1923 einen gewissen Jungen aus guter Familie als **Lehrling** G. Immanuel Lochmann, Eisenhandlung, Miesch.

Starles Kaffeeperd dunkel, angestriches Sattelperd, bald zu kaufen gesucht. Th. Gammisch, Miesch, Bismarckstr. 26. Schiedsperd verkauft gegen Höchstgebot d. D.

Ferkel verkauft **Miesch 27.** **Koralle-Schraubloch** 1 Kreisfuge-Welle zu verkaufen. In erfragen im Tageblatt Miesch.

Deutsche Schützerhündin zu verkaufen. In erfragen bei Pohlmann, Goetelstr. **Für Geflügel** aller Schlacht. Beste Weisse nur H. Peking, Vobbit bei Miesch. — Mitteilung erb. Spinnerstr. 11. Tel. 68

Gesiebte Rohkohle hat abgegeben **Hans Ludwig, Gröba,** Spinnerstr. 11. Tel. 68